

DDR-Spionage in Schleswig-Holstein

»Die Anzahl der erkannten nachrichtendienstlichen Aufträge gegen Schleswig-Holstein liegt – gemessen an der Einwohnerzahl – weit über dem Bundesdurchschnitt.«¹ Dies stellte das Landesamt für Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht 1976 fest. Offenbar weckte das beschauliche Schleswig-Holstein am nördlichen Rand der Bundesrepublik doch das Interesse ausländischer – gemeint waren östliche – Nachrichtendienste.² Im Jahr 1978 heißt es dann sogar: »Die Zahl der Spionagefälle nahm im Jahr 1978 in Schleswig-Holstein deutlich zu. Innerhalb der letzten fünf Jahre ist eine Steigerung solcher Fälle um fast 100 % zu verzeichnen.«³

Solche Feststellungen lassen keine Rückschlüsse auf die tatsächlichen nachrichtendienstlichen Aktivitäten zu. Es handelt sich dabei lediglich um die »exakten Zahlen über aufgeklärte Fälle«, um eben den »gegnerischen Nachrichtendiensten keinen Einblick in den Umfang von Abwehrerfolgen zu geben«.⁴ Im Bericht von 1978 heißt es allerdings weiter: »Drei Viertel aller Spionageaktivitäten gingen 1978 von Nachrichtendiensten der DDR aus.«⁵ Also selbst nach dem in den 1970er Jahren eingeleiteten Entspannungsprozess zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) hatte sich nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes die Intensität keinesfalls verringert, wie mitunter angenommen worden war.⁶

Die Konstellation nach dem Untergang des »Deutschen Reiches« im Mai 1945 sowie die deutsch-deutsche Teilung boten ideale Verhältnisse für einen veritablen Nachrichtendienstkrieg zwischen Rhein und Oder. Die Grenze der beiden deutschen Staaten markierte gleichzeitig die zwischen den zwei großen politischen Blöcken jener Zeit, den USA und den UdSSR, die vor dem Mauerbau – relativ betrachtet – noch bedingt durchlässig war. Besonders für die DDR war es ein Leichtes, Agenten in die Bundesrepublik einzuschleusen, denn die gemeinsame Sprache und Kultur sowie familiäre Be-

1 Bei den Recherchen zu diesem Beitrag wurde der Verfasser von der Kollegin und wissenschaftlichen Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Lena Cordes, 2014/15 unterstützt. Die in diesem Zusammenhang gewonnenen Erkenntnisse eines seinerzeit geplanten, jedoch nicht realisierten gemeinsamen Forschungsprojektes fließen in diesen Beitrag ein.

2 Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1976, hrsg. vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung (= Schriften des Innenministers, H. 19), Kiel 1977, S. 50 (künftig zitiert: Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1976).

3 Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1978, hrsg. vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung (= Schriften des Innenministers, H. 19), Kiel 1979, S. 13 (künftig zitiert: Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1978).

4 Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1978, S. 43

5 Ebenda, S. 13.

6 Vgl. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1976, S. 50.

Bundesland	Inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen	Anteil in Prozent
Baden-Württemberg	131	7
Bayern	241	13
Berlin	427	23
Bremen	30	2
Hamburg	102	5
Hessen	140	7
Niedersachsen	134	7
Nordrhein-Westfalen	462	25
Rheinland-Pfalz	43	2
Saarland	10	1
Schleswig-Holstein	51	3
Sonstige	101	5

Tabelle 1. Verteilung von inoffiziellen Mitarbeitern und Kontaktpersonen der HV A und deren Abteilungen XV nach Bundesländern (Stand: Dezember 1988)¹⁶

ziehungen boten ideale Bedingungen, um sich nachrichtendienstlich in die westdeutsche Gesellschaft zu integrieren, wodurch die »operative« Arbeit für die inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) immens erleichtert wurde.⁷

Bald nach der Herbstrevolution in der DDR gab es verstärkt wieder Reflexionen über die nachrichtendienstliche Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit vor allem in der Bundesrepublik, womit in jener Zeit vor allem Spionage und »aktive Maßnahmen« aufgrund vermeintlicher Gefahren aus dem Westen gemeint waren. Der Staatssicherheitsdienst wird zwar zutreffend als ein wesentlich auf die innere »Sicherheit« gerichtetes Repressionsorgan der die DDR führenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) angesehen. Mithin also als eine Geheimpolizei eines – je nach Geschmack – autoritären, totalitären oder diktatorischen Regimes, dessen historische und juristische Aufarbeitung aus der deutschen Gesellschaft heraus – wenn auch nicht unumstritten – eingefordert wird. Diese verbreitete Stimmung bezieht sich seitdem nicht in gleichem Maße auf die weithin für Auslandsspionage zuständige Hauptverwaltung A (HV A) des MfS. Diese Institution wird mithin als allgemein üblicher

⁷ Vgl. aus Sicht des Nachrichtendienstes der DDR Heinz Günther: Wie Spione gemacht werden, Berlin o. J., S. 87; Peter Richter/Klaus Roesler: Wolfs West-Spione. Ein Insider-Report, Berlin 1992, S. 32; und aus Forschungsperspektive Roger Engelmann: Zur »Westarbeit« der Staatssicherheit in den fünfziger Jahren (künftig zitiert: Westarbeit), in: Georg Herbstritt/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Das Gesicht dem Westen zu ... Die DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003, S. 143–152, hier 143 (künftig zitiert: DDR-Spionage).

Auslandsnachrichtendienst wahrgenommen. Dabei war die HV A einerseits lediglich eine integrierte Komponente des MfS, andererseits kaprizierte sie sich mit rund zwei Dutzend Abteilungen, fünfzehn Filialen in den Bezirken der DDR sowie nicht wenigen »Operativen Außengruppen« (OAG) überwiegend auf das »Operationsgebiet« im westlichen Teil Deutschlands, aber auch auf Europa und andere Länder.⁸

In den 1990er Jahren erschienen nach und nach eine Fülle von Veröffentlichungen, von populären Sachbüchern über juristische Aufarbeitungsliteratur bis hin zu Memoiren und Selbstdarstellungen ehemaliger Akteure. Diese stießen zwar auf großes Interesse, wurden aber aus wissenschaftlicher Perspektive oftmals skeptisch wahrgenommen, da zuweilen bestimmte politische Deutungsmuster zu erkennen waren.⁹ Dabei ist insbesondere das Bedürfnis der Beteiligten in Kauf zu nehmen, bei den Lebenserinnerungen eine eigene Deutungshoheit zu entwickeln, was zuweilen verherrlichende und rechtfertigende Züge annahm.¹⁰ Bereits seit 1998 sind die regionalen Zentren der nachrichtendienstlichen Arbeit der HV A bekannt. Sie lagen in West-Berlin¹¹, Nordrhein-Westfalen¹² und Bayern¹³. Das Bundesland Schleswig-Holstein hingegen ist bislang wissenschaftlich hinsichtlich nachrichtendienstlicher Strukturen der DDR zu wenig erschlossen¹⁴ – im Vergleich zu anderen Bundesländern.¹⁵ Nach der Tabelle 1 zu urteilen genoss Schleswig-Holstein im Vergleich zu den

8 Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A. Strukturen – Aufgaben – Quellen, Berlin 2011.

9 Vgl. hierzu Helmut Müller-Enbergs: Die Erforschung der Westarbeit des MfS – Stand und Perspektiven, in: Siegfried Suckut/Jürgen Weber (Hrsg.): Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz. München 2003, S. 218–239.

10 Vgl. Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie (=Analysen und Dokumente, Bd. 29), Göttingen 2007, S. 89.

11 Vgl. Irene von Götz/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Im Visier der Stasi. Spionage in Berlin-Schöneberg, Berlin 2014.

12 Vgl. Stefan Berger/Burkhard Dietz/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Das Ruhrgebiet im Fokus der Westarbeit der DDR, Essen 2020.

13 Gerhard Neumeier: Die Aktivitäten für Staatssicherheit der DDR in Bayern 1950–1989, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 60 Jg. (2012), H. 4, S. 349–369 [zukünftig zitiert: Aktivitäten für Staatssicherheit].

14 Es gibt eine Skizze von Helmut Müller-Enbergs: Die Stasi in Schleswig-Holstein, in: Aaron Jessen/Elmar Moldenhauer/Karsten Biermann: Grenzen überwinden. Schleswig-Holstein, Dänemark & die DDR, Husum 2016, S. 133–150; Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Schleswig-Holstein und die Stasi. Spionieren – überwachen auswerten, Berlin 2019. Wesentlich hat zur Rolle des MfS in Schleswig-Holstein der Leiter der Außenstelle Rostock des Bundesarchives, Dr. Volker Höffer, durch Vorträge beigetragen; exemplarisch: Langer Arm der Stasi reichte bis Eckernförde, in: Schleswig-Holsteinische Zeitung vom 10.11.2017; Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Schleswig-Holstein und die Stasi, Berlin 2019.

15 Zu Niedersachsen vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Niedersachsen und die Stasi. Die Überwachung im »Operationsgebiet West«, Berlin [2020]; Niedersächsischer Landtag (Hrsg.): Tagungsband des Symposiums der Enquetekommission. Enquetekommission »Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten« des Niedersächsischen Landtags, Göttingen [2017]; ders.: Ergebnisse der Enquetekommission. Enquetekommission »Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten« des Niedersächsischen Landtags, Göttingen [2017]; ders.: Ergebnisse der Enquetekommission: Enquetekommission »Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten« des Niedersächsischen Landtags; herausgegeben vom Niedersächsischen Landtag; Göttingen [2017].

anderen Bundesländern bei der operativen Arbeit der HV A überdies keinen prominenten Stellenwert.

Anliegen dieses Beitrages ist eine quantitative Vermessung des nachrichtendienstlichen Engagements. Dabei stehen vor allem operative Aktivitäten der HV A im Mittelpunkt, wie sie sich in den Jahren 1988/89 in Schleswig-Holstein darstellten.

Interessen, Strukturen und Quellenlage

Schon unmittelbar mit dem Ausklingen des Zweiten Weltkrieges erkannten die Besatzungsmächte, vor allem aus dem Königreich Großbritannien, das nachrichtendienstliche Erfordernis, in der jeweiligen Besatzungszone entsprechende Geheimdienstaktivitäten zu kontrollieren – insbesondere die Aktivitäten aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), dann ab Oktober 1949 die aus der DDR. Dort hatte sich aus der Politischen Polizei, die als K 5 innerhalb der Deutschen Verwaltung des Inneren entstand, im Februar 1950 das Ministerium für Staatssicherheit entwickelt, das vor allem bis 1956 von »sowjetischen Beratern angeleitet und kontrolliert«¹⁷ wurde und faktisch eine Außenstelle des sowjetischen KGB darstellte. Dies galt insbesondere für die Spionage in den westlichen Zonen, dann der Bundesrepublik. Innerhalb des MfS waren in deren Zentrale und in den Bezirken die Hauptabteilung II beziehungsweise die Abteilungen II für nachrichtendienstliche Infiltrationsversuche aus dem Westen zuständig – eine operative Arbeit, die erkennbar auch in die Bundesrepublik verlegt worden war.¹⁸ Hinsichtlich der klassischen Spionage entwickelte der KGB, wie er später genannt wurde, eine deutsche Filiale unter der Bezeichnung »Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung«, die von 1951 bis 1953 bestand, dann jedoch in die DDR-Staatssicherheit als Hauptabteilung XV und schließlich als Hauptverwaltung A integriert wurde.¹⁹ Das zunächst von Anton Ackermann und anschließend von Richard Stahlmann geleitete Institut ist zuletzt unter seinem seit 1952 eingesetz-

16 Die Tabelle ist veröffentlicht in: Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 194 [zukünftig zitiert: Inoffizielle Mitarbeiter 2].

17 Engelmann, Westarbeit, S. 143.

18 Vgl. Hanna Labrenz-Weiß: Hauptabteilung II – Die Spionageabwehr. Berlin 2001; Horst Sterzik: Ein Leben mit der Stasi. Zu lebenslang verurteilt ... Eine politische Biographie. Berlin 1997; Henry Nitschke: Die Spionageabwehr der DDR, Berlin 2018.

19 Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Das Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung und die Anfänge der DDR-Spionage, Berlin 2010 [künftig zitiert: Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung]; ders.: Hauptverwaltung A. Aufgaben – Strukturen – Quellen, Berlin 2024.

ten Leiter Markus Wolf berühmt geworden,²⁰ stand aber wie auch die DDR-Staatsicherheit weithin »unter sowjetischer Kontrolle«.²¹ Zwei Ereignisse veränderten die geheimdienstliche Situation in der DDR. Zunächst der Volksaufstand am 17. Juni 1953, der von der Staatsführung propagandistisch mit einem angeblichen Versagen des MfS erklärt wurde, das »der Unterminierung der DDR durch die westliche Feindzentrale«²² nicht entschieden genug entgegengewirkt habe. Aufgrund dieser Behauptung wurde eine ohnehin seit längerem geplante Umstrukturierung durchgeführt, indem das MfS als Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) dem Ministerium des Innern (MdI) formal unterstellt wurde und das erst 1951 gebildete Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung (IWF), das mit Auslandsspionage betraut war, nun in das SfS integriert wurde.²³ Die Aktivitäten des Sicherheitsdienstes auf westdeutschem Gebiet wurden weiter forciert. Des Weiteren beeinflusste der Beitritt der Bundesrepublik in die NATO die Arbeit des DDR-Geheimdienstes, denn eine mögliche politisch-militärische Konfrontation in Mitteleuropa bestimmte dessen Wahrnehmung. In beiden deutschen Staaten kam es zur militärischen Aufrüstung und damit einhergehend zu einer Verstärkung der Spionageaktivitäten. In der DDR führte das dazu, dass entsprechende Anstrengungen auch auf Bezirksebene des Staatssekretariats teils als Abteilungen XV etabliert, teils die Spionageabwehr-Abteilungen des MfS ausgebaut wurden. Die Hauptabteilung XV, wie das IWF nach seiner Integration intern ausgewiesen wurde, hieß ab dem Frühjahr 1956 Hauptverwaltung A. Im Zuge dieser Umbenennung wurde die HV A personell weiter aufgestockt und um »hochrangige Kader der Abwehrlinien« erweitert sowie die Rolle von »aktiven Maßnahmen«, wie die psychologische Kriegführung in der DDR genannt wurde, stärker betont. Folglich waren neben der HV A mehrere Diensteinheiten des dann wieder als Ministerium für Staatssicherheit tätigen Dienstes im Westen operativ aktiv – die Hauptabteilung und die Abteilungen II (Abwehr und Gegenspionage) und V (Staatsapparat, Untergrund).²⁴

Die Haupttätigkeitsfelder der operativen Arbeit in der Bundesrepublik waren, wie aus einer entsprechenden Richtlinie hervorgeht, die »[a]llseitige Aufklärung der Pläne und Absichten des Gegners gegen die DDR und gegen das sozialistische Lager« sowie die »Aufdeckung der militärpolitischen Lage, der strategischen Pläne und Absichten der NATO-Mächte, ihr[es] Potenzial[s], [und] der neuesten Erkenntnisse auf dem Gebiet der militärischen Forschung und Technik zur Verhinderung von Überraschungsangriffen auf die DDR und das sozialistische Lager.« Ferner die »rechtzeitige und umfassende Informierung von Partei und Regierung über die außen- und innenpolitischen Pläne der Bonner Regierung und der wichtigsten NATO-Mächte

20 Vgl. Dirk Dörrenberg: Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zur Westarbeit des MfS, in: Herbstritt/Müller-Enbergs, DDR-Spionage, S. 250–278, hier 73.

21 Engelmann, Westarbeit, S. 144.

22 Engelmann, Westarbeit, S. 145.

23 Vgl. Müller-Enbergs, Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung.

24 Vgl. Engelmann, Westarbeit, S. 146–151.

auf dem Gebiet Deutschlands, [und] über die politische Situation in den wichtigsten Parteien, Institutionen und Organisationen Westdeutschlands zur Unterstützung des nationalen Kampfes gegen die Herrschaft der klerikalen-faschistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland [...], [die] Unterstützung dieses Kampfes durch eigene aktive Maßnahmen« sowie die »Aufdeckung der wirtschaftspolitischen Lage in Westdeutschland und Westberlin, [und die] Erkundung der Pläne und Absichten der westdeutschen und an Deutschland interessierten ausländischen Konzerne.«²⁵

Wie aus dieser Richtlinie für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern hervorgeht, deckte die geheimdienstliche Arbeit des MfS in Westdeutschland die großen Felder der traditionellen Spionage ab, nämlich die politische, wirtschaftlich-technische und militärische Spionage. Die Informationen und Materialien, die auf den verschiedenen Gebieten gesammelt wurden, sollten nicht nur der DDR, sondern auch den anderen Warschauer-Vertrags-Staaten nützlich sein. Auch Informationen, die Repressionszwecken innerhalb der DDR dienten, wurden von den inoffiziellen Mitarbeitern aus der Bundesrepublik mitunter an ihre jeweiligen Abteilungen weitergegeben.²⁶ Gerade in diesem Punkt unterscheiden sich die Nachrichtendienste des ostdeutschen Staates von den Geheimdiensten westlicher Länder.

Zwar stellte die HV A *die* Diensteinheit für die Auslandsspionage dar, doch es gab auch andere. Dies ist insofern bedeutsam, als dass ausgerechnet die Unterlagen der HV A nach der Herbstrevolution vernichtet wurden. Die Mitarbeiter der HV A stützten sich dabei auf die Annahme, vom Zentralen Runden Tisch 1989/90 hierzu legitimiert worden zu sein. Bei den überlieferten Unterlagen des MfS ging es vor allem darum, »die Quellen des Unterdrückungsapparates innerhalb der DDR zu erhalten und einzusehen«.²⁷ Trotz aller Mühen sind einige Archivalien zur HV A überliefert. Besonders ergiebig, obwohl ebenfalls nur teilweise erhalten, sind Akten einzelner Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen. Außerdem liegen noch Einzelstücke von Akten anderer Abteilungen des MfS mit West-Bezügen vor.²⁸ Zusätzlich gab es auf dem Gebiet der militärtechnischen und -strategischen Spionage mit der Verwaltung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung einen weiteren Dienst, zu dem vereinzelt ebenfalls Unterlagen überliefert sind.

Zwei Überlieferungen der HV A können insbesondere helfen, das Wirken in Schleswig-Holstein zu erschließen. Das betrifft zum einen eine elektronische Datenbank, die ihrerseits als System der Informations-Recherche, genannt SIRA, konzipiert war und im Wesentlichen erhalten geblieben ist. Sie gibt etwa Aufschluss über das Informationsaufkommen der HV A.²⁹ Zum anderen handelt es sich um mikroverfilmte Kartei-

25 Vgl. Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 291.

26 Vgl. Herbsttritt/Müller-Enbergs, DDR-Spionage, S. 34.

27 Neumeier, Aktivitäten für Staatssicherheit, S. 350.

28 Vgl. Jochen Hecht/Birgit Sündram: Überlieferungslage beim Bundesbeauftragten, in: Hubertus Knabe: Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«, Berlin 2012, S. 38; Helmut Müller-Enbergs: »Rosenholz«. Eine Quellenkritik, Berlin 2012, S. 7–15 (künftig zitiert: Rosenholz).

29 Stephan Konopatzky: SIRA – System der Informationsrecherche der Hauptverwaltung A des Ministeriums

karten der HV A, die häufig als »Rosenholz« bezeichnet werden. Darunter befinden sich Statistikbögen, die das 1988 aktive IM-Netz der HV A erfassen, auch in Schleswig-Holstein – und die im Weiteren auch herangezogen werden. In diesen Bögen sind die einzelnen Inoffiziellen in Schleswig-Holstein nicht mit ihren bürgerlichen Namen, sondern lediglich mit Decknamen, Vorgangsnummern, verantwortlichen Dienststellen und einer Funktionsbeschreibung versehen. Mit der Vorgangsnummer lässt sich jedoch im Regelfall die Person ermitteln, die von der HV A als ihr Aktivposten angesehen wurde. Auf dieser Basis erscheinen Teilaussagen zu Agentennetzwerken, geheimdienstlichen Zentren und gesammelten Informationen möglich.³⁰

Das operative Zentrum der HV A lag – mit Stand vom Dezember 1988 – innerhalb von Schleswig-Holstein klar in den drei größten Städten des Landes – sogar in der Reihenfolge ihrer Größenordnung: Kiel, Lübeck und Flensburg. Aber schon für Neumünster, Norderstedt und Elmshorn, sogar für Wedel, Ahrensburg und Itzehoe liegt eine Fehlanzeige vor – immerhin erwartungsgemäß ein Beleg dafür, dass die HV A nicht in allen großen Städten des Landes operativ präsent sein wollte. Dafür gibt es dann Sonderfälle wie die Kleinstadt Rendsburg, in der es das Hauptquartier LANDJUT, die Heeresflugabwehrschule und Stellen der Bundeswehr gab. Dort führte die HV A gleich fünf Positionen in ihren Statistiken. Und der Kreis des Herzogtums Lauenburg zählt ebenfalls mit diesem Positionsumfang zum Speckgürtel von Hamburg und Lübeck.

Ort	Anzahl
Lübeck	14
Kiel	9
Flensburg	7
Herzogtum Lauenburg	5
Rendsburg	5
Pinneberg	4
Bad Segeberg	2
Husum	2
Ammersbek	1
Dithmarschen	1
Plön	1

Tabelle 2. Inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen der HV A in Schleswig-Holstein (Stand: Dezember 1988)³¹

für Staatssicherheit der DDR, Berlin 2019; ders.: Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken, in: Herbstritt/Müller-Enbergs, DDR-Spionage, S. 112–132, hier 112.

³⁰ Vgl. Müller-Enbergs, Rosenholz.

³¹ Vgl. Gunthar Latsch/Udo Ludwig: Fromme Spione, in: Der Spiegel, 65 (2011) H. 47, S. 44 f., hier 45.

Operative Ziele der HV A in Schleswig-Holstein

Am 3. Dezember 1979 erreichte diverse Dienstseinheiten der HV A von ihrer Zentrale in Berlin die Dienstanweisung Nr. 3 des Jahres 1979. Sie verzeichnete die einzelnen fortan geltenden operativen Ziele der HV A, darunter auch die in Schleswig-Holstein. In Kiel wollte die HV A in der Landesregierung und im Innenministerium ebenso Quellen unterhalten wie im Flottenkommando in Flensburg-Mürwick und im Marineführungsdienstkommando in Glücksburg-Meierwik. Einen operativen Einblick sollte es auch in die Kieler Filialen des BND und MAD – im Speziellen deren Gruppe I – geben. In Flensburg interessierte überdies das Kraftfahrt-Bundesamt.³² Im Wesentlichen bewegte sich die nachrichtendienstliche Arbeit folglich in Kiel und Flensburg.

Die Zuständigkeit für die einzelnen Zielobjekte war gleichfalls in dieser Dienstanweisung geregelt, wie aus der nachstehenden Tabelle 3 ersichtlich wird. Der tschechische Pate Schleswig-Holsteins war nach den internen Vorgaben somit die Filiale der HV A in Rostock, die innerhalb der Bezirksverwaltung (BV) des MfS als Abteilung XV firmierte. Teils kooperierte die Rostocker Dependence mit den Fachabteilungen der HV A in Berlin, etwa mit der für Geheimdienste und Polizeien zuständigen HV A IX, was bei BND und MAD durchaus naheliegend ist.

Institution	Zuständige
Landesregierung	BV Rostock XV
Innenministerium	BV Rostock XV
Flottenkommando	BV Rostock XV
BND	HV A IX/BV Rostock XV
MAD	HV A IX/BV Rostock XV
Marineführungsdienstkommando	HV A IV/BV Rostock XV
Kraftfahrt-Bundesamt	HV A VI/BV Rostock XV
Firma ISCOIN	BV Rostock XV

Tabelle 3. Operative Zuständigkeiten für Zielobjekte der HV A in Schleswig-Holstein (Stand: Dezember 1979)

Nach den Planungsunterlagen der HV A fiel ihrer Dienstseinheit in Rostock die Schlüsselrolle für die operative Arbeit in Schleswig-Holstein zu. Fragen wir also: Entsprach das auch der operativen Praxis? Eine Zusammenstellung der von der HV A in Schleswig-Holstein geführten operativen Vorgänge zeigt deutlich den prominenten Stellenwert der Rostocker Tschekisten. Immerhin sechs Schleswig-Holsteiner waren für diese Dienstseinheit verzeichnet. Aber die benachbarten Bezirksdependancen der HV A wie Schwerin und Neubrandenburg stehen der zuständigen Dienstseinheit

³² Vgl. Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 307.

nur unwesentlich nach. Das gilt abgeschwächt sogar für Magdeburg und das entfernt liegende Leipzig. Mithin hat die als Steuerungsmittel vorgesehene Dienstanweisung Nr. 3 aus dem Jahre 1979 nur bedingt ihre Funktion erfüllt. Die Dienstseinheiten – selbst die Fachabteilungen in der Zentrale in Berlin – zogen an Land, was operativ zu rekrutieren war. Der Plan reüssierte nicht. Vielmehr tummelten sich nicht wenige der Dienstseinheiten der HV A in Schleswig-Holstein: ein Drittel der Bezirksdependancen und bald die Hälfte der zentralen Fachabteilungen (vgl. Tabelle 4).

Dienstseinheit	IM	KP	Summe
HV A XVII	9	0	9
BV Rostock XV	4	2	6
HV A VI	6	0	6
BV Schwerin XV	3	1	4
HV A II	4	0	4
HV A IX	4	0	4
BV Magdeburg XV	2	1	3
BV Neubrandenburg XV	3	0	3
HV A X	2	1	3
HV A XV	1	2	3
BV Leipzig XV	1	1	2
HV A XVI	0	2	2
HV A XII	1	0	1
HV A XIII	1	0	1

Tabelle 4. Operative Zuständigkeiten für inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen der HV A in Schleswig-Holstein (Stand: Dezember 1988)

Das Netz an nachrichtendienstlichen Positionen der HV A in Schleswig-Holstein entstand nicht über Nacht, sondern war vielmehr Produkt eines langen Entwicklungsprozesses. Das lässt sich mit der Momentaufnahme mit Stand vom Dezember 1988 nur bedingt einfangen. Immerhin befanden sich unter den 51 schleswig-holsteinischen inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Kontaktpersonen (KP) der HV A 18 Frauen, was mit einem Anteil von 35 Prozent vergleichsweise überdurchschnittlich ist. Nicht der ganze, aber bald die Hälfte des operativen Himmels gehörte den Frauen in Schleswig-Holstein. Die Jüngste unter ihnen war zum Stichtag 25 Jahre, die Älteste 74 Jahre alt. Über die Hälfte der Aktivposten der HV A weisen die Geburtsjahrgänge 1930 bis 1939 (n = 15) und 1940 bis 1949 (n = 16) auf, hatten bald das 50. Lebensjahr erreicht beziehungsweise bereits überschritten und waren geprägt durch eine nationalsozialistische Kindheit beziehungsweise durch die Nachkriegszeit und die auf-

ziehende Wohlstandsgeneration. Sieben Konfidenten der HV A standen im sechsten oder siebten Lebensjahrzehnt und waren noch geprägt von der Weimarer Zeit. Das operative Netz wirkt so betrachtet in die Jahre gekommen – und der Nachwuchs ließ auf sich warten. Lediglich vier Bürger waren zwischen 25 und 28 Jahren alt; das Alter von elf Bürgern bewegte sich zwischen dem 30. und 39. Lebensjahr.

Die Prognose einer Überalterung des operativen Netzes in Schleswig-Holstein lässt sich aus den Rekrutierungsjahren selbst ableiten. Deutlich über die Hälfte (n = 31) der im Dezember 1988 für die HV A aktiven Bürger in Schleswig-Holstein hatten sich zwischen ihrem 17. und 38. Lebensjahr zur Kooperation verpflichtet. Konnte die HV A zuletzt lediglich vier Bürger, die zwischen dem 25. und 28. Lebensjahr standen, mindestens konkludent in ihre Reihen aufnehmen, so waren es in früheren Jahren – ausweislich der zuletzt Aktiven – mehr als dreimal so viele gewesen (n = 13), darunter die bemerkenswert hohe Anzahl von acht Frauen.

Zuweilen weisen die von der HV A geführten Schleswig-Holsteiner bereits lange operative Stehzeiten auf. Sieben von ihnen waren bereits über zwanzig Jahre hinweg tätig, weitere 14 zwischen zehn und zwanzig Jahren. Ohnehin gab es durch den Mauerbau bedingte Rekrutierungslücken in den Jahren von 1962 bis 1967. Auch für die zweite Hälfte der 1970er Jahre blieb lediglich ein Schleswig-Holsteiner in den Netzen der HV A hängen. Das änderte sich zwar in den 1980er Jahren, wo im Mittel jährlich drei bis vier in den Köder gebissen haben, darunter waren aber eben nicht wenige, die bereits ein beachtliches Alter erreicht hatten. Es ist anzunehmen, dass das Netz der HV A in Schleswig-Holstein unter quantitativen Gesichtspunkten den operativen Zenit überschritten hatte. Die Statistiker innerhalb der HV A werden sicherlich verstärkte Rekrutierungsbemühungen eingefordert haben.

Regionale Verteilung

Ammersbek

Am Nordostrand von Hamburg wohnte in der 10.000 Seelen zählenden Gemeinde Ammersbek (Kreis Stormann) nach den Unterlagen der HV A ein Mann namens »Knäuel«.³³ »Knäuel« muss es im Jahre 1985 Wert gewesen sein, eine eigene Akte bei der für die SPD zuständigen Dienst Einheit HV A II/4 erhalten zu haben. Er wurde in diesem Jahr verzeichnet und – wie es HV-A-intern hieß – als Werber I und im Jahre 1987 als Werber II eingestuft. Die Kontaktaufnahme soll in der DDR auf ideologischer Basis durch einen Mitarbeiter der HV A stattgefunden haben. Tatsächlich wird »Knäuel« bereits am 17. März 1983 aufgefallen sein, denn an diesem Tag wurde er offenkundig erstmals in den internen Unterlagen vermerkt.³⁴

33 Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 67.

34 Vgl. »Knäuel«; Reg.-Nr. XV 3935/85 (vormals XV 1748/72); Bundesarchiv (BArch) MfS, HV A, F 16 und F 22 (Rosenholz); Statistikbogen.

»Knäuel« galt dem Nachrichtendienst als »Person in Führungsposition«. Bei ihm war daran gedacht, Informationen aus dem SPD-Parteivorstand beziehungsweise -Präsidium erhalten zu können.³⁵

Der Vorgang selbst war für Stefan-Andreas Ulrich vermerkt, der innerhalb der HVA II Mitarbeiter 411 war. Er hatte den Vorgang am 26. September 1985 angelegt. Nach der zu »Knäuel« überlieferten Karteikarte zu urteilen wurde zu ihm eine Personal- und eine Arbeitsakte ausgegeben.³⁶ Eine weitere Karteikarte bringt einen Professor (1921–2011) mit »Knäuel« in Verbindung. Überhaupt ist er nach gegenwärtigem Kenntnisstand die einzige Person in diesem Aktenvorgang und wurde von der HV A auch als »HP«, also als Hauptperson, ausgewiesen. In den 1990er Jahren leitete die Staatsanwaltschaft gegen ihn ein Ermittlungsverfahren ein.³⁷

»Knäuel« war der Sohn des Professors für orthopädische Chirurgie an der Universität Berlin, besuchte in Berlin-Charlottenburg die Schule und war von 1939 bis 1945 bei der Wehrmacht. Ab 1946 studierte er in Hamburg Germanistik, da er Gymnasiallehrer werden wollte, doch trat er 1948 in das Literaturwissenschaftliche Seminar der Universität Hamburg ein, wenn auch zunächst nur in deren Bibliothek. Von 1951 bis 1958 arbeitete er am Goethe-Wörterbuch mit; anschließend wurde er Mitglied des Lehrkörpers, wo er – dann als Professor – bis zu seiner Emeritierung am 31. März 1987 blieb. In einem Nachruf wird er als »zutiefst musisch und radikal demokratisch« ausgewiesen: Der »radikale Demokrat«, »der er wohl seit je gewesen ist und der sich – nachhaltig und unbeirrbar entflammt von der 68er Bewegung – als feuriger Streiter für eine Demokratisierung der Hochschule und gegen jede Form von Entrechtung und Benachteiligung nicht nur in der universitären Öffentlichkeit Gehör verschafft hat.«³⁸

Der von der HV A als »Knäuel« Ausgewiesene war auch parteipolitisch aktiv. Er gehörte der SPD in Ammersbek an und vertrat diese in den Jahren von 1974 bis 1983 im Ausschuss für Soziales, Jugend und Kultur.³⁹ Er galt als jemand mit einem »ungebrochenen Pazifismus«, der bei einer Veranstaltung im Rahmen einer Gelöbnix-Kundgebung als »Bundeswehrgegner« aufgetreten sei.⁴⁰ Mit dieser Einstellung schaffte er es am 25. Juli 1981 auch ins *Neue Deutschland*, das ihn mit den Worten wiedergibt: »Ich halte die Bedrohungslüge, mit der die ganze Rüstungspolitik dauernd begründet wird, eben für eine Legende. Wir müssen endlich loskommen von diesem Feindbild. Die Geschichte der Sowjetunion rechtfertigt nicht die Behauptung,

35 Vgl. ebenda.

36 Vgl. ebenda.

37 Vgl. ebenda.

38 Bernd Stenzig: Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Wollenberg 1921–2011. o. O. o. D. (2011), in: Website der Universität Hamburg (Abruf am 1.4.2025).

39 Vgl. Friedrich Wilhelm Wollenberg, in: Der Ammersbeker (2012) Januar, S. 7.

40 Vgl. Gelöbnis in Polizeifestung, in: Website Sozialismus jetzt/Sozialistische Zeitung für Kiel (Abruf vom 1.4.2025).

dass von diesem Staat eine Bedrohung für die Menschen anderer Länder ausginge.«⁴¹ Schon zwei Wochen zuvor wurde er im gleichen Blatt mit den Worten zitiert, dass die Bundesregierung »von dem verhängnisvollen NATO-Raketenbeschluss ›schleunigst Abschied nehmen‹« müsse.⁴² Dahingehend hatte er sich auch in einem Interview mit der Zeitung UZ, der Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei, geäußert.⁴³

»Fiete«, wie ihn seine Genossen nannten, war der Mitbegründer der Zeitung der SPD in Ammersbek, die zunächst *Nachrichten für Bünningstedt und Hoisbüttel* hieß, später dann *Der Ammersbeker*, und die zunächst ausschließlich mit seinen Artikeln und Kommentaren versehen war.⁴⁴ Im Ammersbeker Literaturcafé wirkte er an Lesungen mit, beispielsweise am 9. Oktober 1999, als er aus Thomas Manns *Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull* vorlas.⁴⁵

Angesichts dieser Angaben erscheint das Interesse der HV A an seiner Person nachvollziehbar. Ob er jedoch – und wenn ja, in welchem Umfang – als »Knäuel« tatsächlich eine Art Talentsucher für Nachwuchskräfte der HV A war, lässt sich angesichts der Überlieferungen nach gegenwärtigem Stand der Erkenntnisse nicht beurteilen. Zumindest ist er im Bestand der »Kundschafter des Friedens« der HV A als Aktivposten vermerkt.

Bad Segeberg

Auch für die Küstenregion wirkt die Bezeichnung »Fregatte« eher abträglich. Sie findet sich in den Unterlagen für eine Rentnerin, Jahrgang 1914, die offenbar von 1978 bis zur Auflösung des Ministeriums ihre Wohnung für nachrichtendienstliche Treffen in Bad Segeberg zur Verfügung gestellt hat. Bei Beginn der Kooperation war sie 64 Jahre alt.⁴⁶ Die gebürtige Hamburgerin lebte in Bad Segeberg und war innerhalb der HV A für die HV A IX/A/6 verzeichnet, die für die operative Arbeit gegen das Bundeskriminalamt und die Landeskriminalämter mit dem Schwerpunkt Staatsschutz zuständig war. Der Witwe war eine Kontaktadresse in der DDR ausgehändigt worden und ein Instrukteur suchte sie gelegentlich auf.⁴⁷

Die überlieferten Informationen zu einem Verwaltungsbeamten (*1945) einer Behörde in Bad Segeberg sind ebenso karg. Er wohnte in einem Dorf im Kreis Segeberg und war bei der HV A VI/B/2 als O-Quelle mit dem Decknamen »Klaus Sommer« verzeichnet.⁴⁸ Er lebte zurückgezogen, war kommunalpolitisch engagiert und hielt sich wiederholt in der DDR auf. Bei einer dieser Reisen fiel er 1981 der Hauptab-

41 Nichts als Legende, in: Neues Deutschland vom 25.7.1981, S. 9.

42 Forderung an Bonn: Weg der Rüstung verlassen, in: Neues Deutschland vom 11.7.1981, S. 5.

43 Statt Aufrüstungs- eine aktive Friedenspolitik. UZ-Interview mit Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm Wollenberg (SPD), Universität Hamburg, in: UZ vom 9.7.1981.

44 Vgl. Friedrich Wilhelm Wollenberg, in: Der Ammersbeker (2012) Januar, S. 7.

45 Vgl. Lesungen im Ammersbeker Literatur-Café, in: Hamburger Abendblatt vom 8.10.1999, S. 3.

46 »Fregatte«; Reg.-Nr. XV 479/78; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

47 Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 160 f.

48 »Klaus Sommer«; Reg.-Nr. VI 1401/81; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

teilung VI des MfS auf, die dann die HV-A-Filiale in Cottbus auf ihn aufmerksam machte. 1983 gab es erste Überlegungen, ihn für das MfS zu rekrutieren, denn er hatte »eine persönliche Zuneigung« zu einer Frau in der DDR entwickelt, über die er Kontakt zum MfS erhielt. Im April 1987 scheint die Anwerbung gelungen zu sein; der Deckname »Klaus Sommer« wurde ihm zugewiesen. Er sei »auf ideologischer Basis« angeworben worden – das bedeutet offenbar, er hatte mindestens Sympathien für die DDR. Er galt als »vertrauenswürdig« und bekam eine Adresse in der DDR, intern als Deckadresse bezeichnet. Für das MfS war er offenkundig wegen seiner Zugänge zum Einwohnermeldeamt in Bad Segeberg interessant. In jener Zeit hieß es, es gäbe maschinenlesbare und fälschungssichere Personalausweise, die zentral in der jeweils zuständigen Bundesdruckerei mit diversen Sicherheitsmerkmalen hergestellt wurden. Zuvor konnten die Einwohnermeldeämter die Ausweise selbst ausfertigen. »Klaus Sommer« schien sich ausgekannt zu haben, denn auf ihn gehen Informationen vom Juni 1987 beim MfS zurück wie etwa zum Verfahren und den Hintergründen des neuen bundesrepublikanischen Personalausweises, zum Datenaustausch innerhalb der Behörden und zum Behördenverhalten, falls ein Personalausweis mal verloren gehen würde, sowie zu Fragen zur EDV in Sachen Ausweisen. In den 1990er Jahren ermittelte das Landeskriminalamt zu »Klaus Sommer«, offenbar ohne Folgen, denn er arbeitete bis zu seiner Pensionierung weiterhin in der Behörde.

Dithmarschen

In Dithmarschen, möglicherweise in Heide, verzeichnete die HV A eine Adresse, branchentypisch als Deckadresse bezeichnet. Deckname »Heider«⁴⁹. Bekannt ist, dass unter diesem Decknamen eine weibliche Person operierte, die Ende der 1980er Jahre etwa 50 Jahre (Jahrgang 1938) alt war. Weiteres ist derzeit über die Identität der Inhaberin der Deckadresse noch nicht bekannt. Die Funktion, die sie für die HV A innehatte, bestand darin, ihre Postadresse zur Verfügung zu stellen und dann die Funktion eines Mittlers zwischen dem Führungsoffizier der HV A aus der DDR und dem IM wahrzunehmen. Die Postsendungen konnten an diese Adresse geschickt werden und »Heiders« Aufgabe war es dann, sie unter großer Geheimhaltung weiterzuleiten.⁵⁰ Die Deckadresse kann der Abteilung XV/1 der Leipziger Filiale der HV A zugeordnet werden.

Die Zuordnung der Deckadresse »Heider« zur Bezirksverwaltung Leipzig lässt vermuten, dass die Aufgaben der Dithmarscherin über Schleswig-Holstein hinausgingen. Vielmehr scheint sich hinter diesem Namen ein sehr komplexer Vorgang zu verbergen. So ist beispielsweise für den 1. August 1987 eine Reise nach Kopenhagen ins Hotel Tordenskjoldsgade belegt. Da scheint es einen Zusammenhang mit einer weiteren Person zu geben, die faktisch beruflich für die DDR-Spionage freigestellt

49 Der Vorgang wurde bereits diskutiert in Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 299; »Heider«, Reg.-Nr. XV 6453/82; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

50 Zur Funktion der Deckadresse vgl. Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 76.

war. Er bekam Lohn und Brot inoffiziell von der HV A, unterhielt jedoch in der DDR ein Scheinarbeitsverhältnis. Es handelt sich um einen hauptamtlichen IM (HIM) mit dem Decknamen »Stern«. Dieser war umtriebig und seine Wege führten ihn wiederholt nach Großbritannien. Für seine nachrichtendienstliche Arbeit war er reichhaltig ausgestattet; er besaß ein transportables Versteck (»Container« genannt) und andere operative Technik. Er reiste nicht unter seinem bürgerlichen Namen, sondern mit gefälschten Papieren.⁵¹

Flensburg

Obwohl Flensburg mit fast 85.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt in Schleswig-Holstein ist, sind in der nördlichsten Stadt Deutschlands aus DDR-Sicht kaum relevante Institutionen angesiedelt – mit einer wichtigen Ausnahme: dem Kraftfahrt-Bundesamt (KBA). Die 1951 gegründete Bundesoberbehörde für den Straßenverkehr hat unter anderem einerseits die Aufgabe, die von den örtlichen Zulassungsbehörden und Versicherungsunternehmen übermittelten Fahrzeug- und Halterdaten mit Kennzeichen zu sammeln, und andererseits werden hier Informationen über Verkehrsteilnehmer gespeichert, die im Straßenverkehr auffällig geworden sind.⁵² Die Behörde war also aufgrund ihrer Datenkenntnisse von Interesse für das MfS.⁵³ Hier konnten Fahrzeuge und Fahrzeughalter ermittelt werden und möglicherweise über einen IM auch unauffällig illegal Fahrzeuge der Stasi im Westen eingetragen und überwacht werden. Bekannt ist, dass der in Flensburg geführte Resident »Schweitzer« im Bundeskraftfahrtamt beschäftigt war.⁵⁴ Der 1933 in Rendsburg geborene Schleswig-Holsteiner war möglicherweise schon seit den 1950er Jahren durch seine Tätigkeit als Schweißer auf der Krögerwerft in Schacht-Audorf für den Geheimdienst der jungen DDR interessant. Nach seinem Eintritt in die Bundesbehörde 1964 hatte er nun Zugang zu vielen Daten, die für das MfS von Interesse waren. Wann genau »Schweitzer« vom MfS angeworben wurde, konnte bisher noch nicht ermittelt werden. In einer Quelle wird das Jahr 1973 als Werbungsdatum genannt, also erst während seiner Zeit beim KBA. Ein anderer Hinweis deutet auf das Jahr 1956 hin. Zumindest war er noch zum Zeitpunkt der Auflösung der HV A als Resident verzeichnet. Ein Resident hatte weitgehende Befugnisse. Neben der Spionage in dem ihm zugewiesenen »Feindobjekt« – in »Schweitzers« Fall das KBA – konnte er seine Arbeit im »Operationsgebiet« sehr selbständig gestalten, IM aus den in der Region tätigen Kontaktpersonen rekrutieren und über die Ausgabe von Operativgeldern frei entscheiden – bis zu 750 DM.⁵⁵

51 Vgl. »Stern«, BArch, MfS, BV Leipzig, Abt. XV 7, 68, 313, 913, 921, 1091, 1093–1095.

52 Vgl. KBA (Hrsg.): Kraftfahrt-Bundesamt. Ihr zentraler Informationsdienstleister rund um das Kraftfahrzeug und seine Nutzer. 50 Jahre Verkehrszentralregister, Flensburg 2008.

53 Vgl. Überall schlau. Wie die Hacker zapften Stasi-Späher auch die Computer westdeutscher Sicherheitsbehörden an, in: Der Spiegel (1992) H. 34.

54 »Schweitzer«; Reg.-Nr. XV 290/73; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

55 Vgl. Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 51.

Um die umfassenden Aufgaben eines Residenten zu bewerkstelligen, wurde ihm häufig ein »Gehilfe« zur Seite gestellt. »Schweitzer« erhielt beispielsweise Unterstützung von »Meta«. Bei ihr handelte es sich um seine Ehefrau, ebenfalls 1933 geboren, die als Krankenschwester bei der Evangelischen Kirche in Flensburg angestellt war.⁵⁶

Obgleich die Akten von »Meta« und »Schweitzer« innerhalb der HV A seit April 1973 durch viele Hände gegangen waren, nachdem sie zunächst in Potsdam angelegt worden waren, wurde das gegen sie in den 1990er Jahren eröffnete Ermittlungsverfahren wegen Verjährung eingestellt. Viele operativ beschaffte Informationen sind nicht in den Büchern verzeichnet. Auf den November 1976 datiert etwa eine Analyse des Bundesministeriums der Verteidigung zu Spezialaufbauten für die Mobilisierungsplanung oder aus dem Februar 1981 die 41 Seiten umfassende Aufstellung der Vorschläge für das Haushaltsjahr 1982 des Kraftfahrzeugbundesamtes. Aus früheren Jahren liegen Hinweise zu AEG Telefunken vor, darunter eine fünfseitige Unterlage zum Sendeobjekt in Flensburg.

In Flensburg war aber nicht nur das KBA für die DDR von Interesse. Die Grenzstadt war zudem wegen ihrer Nähe zu Dänemark und der in diesem Zusammenhang stehenden Institutionen, wie beispielsweise des Bundesgrenzschutzes, Hort weiterer sogenannter »Feindobjekte«. Darunter auch einige Stützpunkte der Bundeswehr und der NATO. So kann mit ziemlicher Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die O-Quelle mit dem Decknamen »Werner Brieske« einem 1947 geborenen Finanzbeamten zugeordnet werden kann, der ab 1973 in den Karteien des Staatssicherheitsdienstes auftaucht und unter der Nummer XV 2206/73 direkt der HV A zugeordnet war. Ersehen lässt sich hier, dass dieser Flensburger Polizeibeamte von Juni 1980 bis Dezember 1983 insbesondere Informationen zum Bundesgrenzschutz, zur Grenzschutzdirektion Koblenz, über das Bundesamt für Verfassungsschutz und über das Bundeskriminalamt übermittelte. In der Summe sollen auf ihn 103 Informationen zurückgehen. Entsprechend dieses Themenspektrums war er bei der HV A der dafür zuständigen Dienstseinheit IX/A/5 zugewiesen, wobei er sich wesentlich auf den Zoll spezialisieren sollte.⁵⁷

Dass auch Soldaten der Bundeswehr als Spione des Staatssicherheitsdienstes erfolgreich angeworben werden konnten, zeigt sich am Beispiel des 22-jährigen Karl-Heinz Oettle, der als Wehrdienstleistender in Flensburg-Weiche stationiert war. Im Juni 1959 hatte er, der als Schlosser in Hamburg tätig war, den Einberufungsbescheid erhalten. Zu dieser Zeit bekam der junge Mann die Gelegenheit, die Ostsee-Woche in Rostock zu besuchen. Dort lernte er eine Lehrerin kennen, der er im Gespräch anvertraute, dass er demnächst zur Bundeswehr einberufen werde. Die Lehrerin gab diese Information vermutlich an das MfS weiter, woraufhin man Oettle im Rat des Kreises eine gut bezahlte Stelle als Schlosser in einer ostdeutschen Werft anbot. Oettle entschied sich nach längeren Überlegungen für eine Übersiedlung in die DDR.

56 »Meta«, XV 2727/74; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

57 Vgl. Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 161; ders., Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 225.

Daraufhin erklärte man ihm, dass dies nur dann erfolgen könne, wenn er zuvor den Wehrdienst in der Bundesrepublik ableisten und gleichzeitig Informationen in die DDR liefern würde. Die Dienste sollten auch mit 240 DM abgegolten werden. Oettle unterschrieb den »Verpflichtungsschein« des Staatssicherheitsdienstes und traf sich innerhalb der darauffolgenden Monate zweimal mit Kontaktpersonen aus der DDR in Hamburg und Flensburg. Seine Verhaftung erfolgte am 15. Dezember 1959. Er hatte zwar keine »großen Geheimnisse« verraten, dafür aber engagiert Informationen gesammelt, wie aus Unterlagen in seinem Spind entnommen werden konnte. Karl-Heinz Oettle wurde dann am 12. April 1960 vom Strafsenat des Oberlandesgerichts Schleswig in Lübeck »wegen verräterischer Beziehungen zum Sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis« verurteilt.⁵⁸

Die Militärspionage war eines der Aufgabengebiete des DDR-Auslandsnachrichtendienstes. Dies änderte sich nicht, als die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in den 1970er Jahren entspannter wirkten. Im September 1983 berichteten die *Kieler Nachrichten* von einer zunehmenden Tendenz zu »Spionageflüge[n]«. Auch die Region Schleswig-Flensburg und die hier angesiedelten Bundeswehr-Einrichtungen waren Ziel solcher ostdeutschen Spionageflüge. So berichtet die Zeitung über die Thorsberg-Kaserne des Flugabwehrregiments 39 der Luftwaffe in Süderbrarup, wo ein auffälliges Flugzeug gesichtet worden sei. Dieses Flugzeug habe, wie ein Hubschrauber, längere Zeit über der Bundeswehreinrichtung gekreist. Die Identität konnte aber nicht festgestellt werden, da die Kennzeichen überklebt gewesen seien.⁵⁹ Bisher wird aufgrund der Anzahl solcher Flüge angenommen, dass diese von der DDR-Militärspionage erfolgreich und offensiv betrieben wurden. Denn man zeigte sich über Verteidigungspläne, Truppenstärke und Ausstattung der Bundeswehr und der NATO-Streitkräfte informiert.⁶⁰

Freilich war Flensburg auch vom Flottenkommando in Mürwik geprägt, das ein »Feindobjekt« der HV A war und damit zu den Zielobjekten zählte. Aus Materialien des Ministeriums für Nationale Verteidigung wird ersichtlich, dass jedes Jahr Informationsmaterial und Berichte zum Status der »operativ-taktischen und Gefechtsausbildung der Stäbe und Einheiten der Seestreitkräfte des NATO-Kommandos Ostseeeausgänge« angefertigt wurden. Unter anderem sind aus diesen Berichten Informationen über die Ausbildung in Flensburg-Mürwik zu entnehmen. 1967 wird beispielsweise über die »11. Historisch-taktische Tagung der Flotte« vom November/Dezember 1967 mit 300 Teilnehmern aller Teilstreitkräfte in Flensburg-Mürwik berichtet. Auch die Inhalte und internen Entwicklungen schienen beim Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR bekannt gewesen zu sein, so informiert der

58 Vgl. Kieler Nachrichten vom 13.4.1960.

59 Vgl. Kieler Nachrichten vom 7.9.1983.

60 Thomas Wegener Friis: Den usynlige front. DDR's militærspionage mod Danmark under den Kolde Krig, Kopenhagen 2005.

Bericht unter anderem über das Marine-Ausbildungsbataillon 1967, das von der Marineschule Mürwik übernommen wurde.⁶¹

Es liegt ein Hinweis auf einen Perspektiv-IM vor, konkret über eine in Keitum geborene Frau, die der HV A verpflichtet war, aber noch keinen Arbeitsplatz gefunden hatte, den der Nachrichtendienst für seine Zwecke für nützlich hielt. Sie trug den Decknamen »Glanz« (1962–2007)⁶² und wurde von der für die FDP zuständigen Dienstseinheit HV A II/2 gesteuert.⁶³ Der Status »PIM« versprach immerhin, dass man glaubte, sie hätte »gute Aussichten«⁶⁴ für eine solche Perspektive. In jener Zeit war sie für das Arbeitsgebiet Aus- und Weiterbildung verzeichnet.

Der HV A VI kann die Objektquelle »Frankfurt« zugeordnet werden. Die Abteilung befasste sich mit Informationen zu »Regimeverhältnissen« in der Bundesrepublik und war zugleich auch für die »Übersiedlung von IM in das ‚Operationsgebiet‘ verantwortlich.«⁶⁵ Diese beiden Hauptaufgaben erforderten Kenntnisse darüber, wie die »Feindobjekte« aufgebaut waren und welche Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden mussten, um die IM zu schützen. Daher befasste sich die Abteilung mit den Überwachungsmethoden, beschaffte die notwendigen Unterlagen wie Ausweis- und Personaldokumente und überprüfte, wie die Grenzkontrollen und die Untersuchungsverfahren abliefen, um bei der Schleusung vorbereitet zu sein. Dazu organisierten die Mitarbeiter der Abteilung alles, was für die (häufig illegale) Einreise notwendig war. »Frankfurt«, Jahrgang 1941,⁶⁶ war der HV A VI/B/2 zugeordnet, welche die »operative Bearbeitung« in Institutionen der Bundesrepublik zur Aufgabe hatte.⁶⁷ Immerhin liegt ein allgemeiner Hinweis auf sein Tätigkeitsfeld vor: Personenstandswesen und Registratur.

Von 1971 bis 1989 diente die Wohnanschrift einer 1926 geborenen Frau als Deckadresse für die HV A in Flensburg. Sie trägt den Decknamen »Page«.⁶⁸ Für welche Zwecke genau diese Kontaktadresse genutzt wurde, muss vorerst offen bleiben. Ähnliches gilt für einen unter dem Decknamen »Fleisch« (Jg. 1939) registrierten Mann, dessen Beruf aufmerken lässt. Er wird als Direktor verzeichnet, der in einem zentralen Objekt des gesellschaftlichen Lebens tätig gewesen sein soll. Allerdings firmierte er nicht als Agent der HV A, sondern als Kontaktperson, zu der man über die für offizielle Kontakte zuständige Abteilung HV A XVI in Tuchfühlung stand – und das immerhin über bald ein Jahrzehnt.⁶⁹

61 Bundesarchiv, Militärarchiv, DVW1/25766.

62 »Glanz«, Reg.-Nr. XV 6565/82; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

63 Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 204 f.

64 Zu der Funktion eines Perspektiv-IM siehe Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 42.

65 Ebenda, S. 214.

66 »Frankfurt«, Reg. 2641/88; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

67 Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 215.

68 »Page«, Reg.-Nr. XV 255/71; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

69 »Fleisch«, Reg.-Nr. XV 4556/80; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

Und manch eine Information aus Flensburg gelangte zur HV A – ohne ein Zutun eines Flensburgers. In Eschborn arbeitete beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft beispielsweise die Sekretärin »Tokio« für die HV A.⁷⁰ Sie war seit Dezember 1972 registriert und wurde im Juni 1996 zu 18 Monaten auf Bewährung und 38.000 Mark Strafe verurteilt. Sie hatte seit 1973 über 293 Informationen an die HV A weitergeleitet, die sich oftmals mit dem Waffenhandel der Bundesrepublik Deutschland befassen, aber auch Sachverhalte aus Flensburg zum Gegenstand hatten. So beispielsweise eine Information aus dem Juni 1981 aus der Flensburger Fahrzeuggesellschaft, die umgehend an den KGB weitergeleitet wurde, oder zwei Monate später Angaben aus der Kroeger Werft.

Und dann gab es noch den ausländischen Bürger »Kluge«,⁷¹ seit 1982 bei der HV A erfasst. In 65 seiner Informationen ging es um Biotechnologie. Darunter waren 43 Seiten aus dem Februar 1988 zum Aufbau eines Biotechnologiezentrums in Flensburg sowie eine 132-seitige Schrift vom Juli 1988 zu Biotechnik – eine Chance für Schleswig-Holstein. Der Auftrag an »Kluge« lautete: »Von Interesse sind weitere Informationen über das Biotechnologiezentrum in Flensburg, insbesondere aber über die Verwertung von Abfallstoffen und aus dem Screening«. Selbst ein Angestellter aus Hannover mit dem Decknamen »Sammeler«,⁷² der bei der Bosch-Generalvertretung tätig war – und seit 1972 für die HV A exponiert war –, konnte im August 1989 ein nicht unerhebliches Detail aus Flensburg beisteuern: das besonders geschützte Codewort des Kraftfahrtbundesamtes.

Herzogtum Lauenburg

Das Herzogtum Lauenburg lehnte geografisch an die Grenze zur DDR. Gerade wegen des dort stationierten Bundesgrenzschutzes und der Grenzschutzeinzeldienste erregte es schon früh das nachrichtendienstliche Interesse der DDR. Ein Beispiel ist der Fall des Herbert Heitmann aus Mölln, der 1960 wegen »verräterischer Beziehungen zum sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst zu einem Jahr und fünf Monaten Gefängnis« verurteilt wurde, wie den *Kieler Nachrichten* vom 14. April 1960 zu entnehmen ist.⁷³ Sein Fahrzeug und Fotoapparat galten als Arbeitswerkzeuge des »Spions« und wurden von der Lübecker Polizei eingezogen. Bevor er im Dezember 1959 festgenommen wurde, hatte sich Heitmann etwa zehnmal mit operativen Mitarbeitern des MfS in Rostock, Schwerin und Ost-Berlin getroffen. Der gelernte Maschinenschlosser hatte für seine nachrichtendienstliche Arbeit 800 Deutsche Mark erhalten.

Während die Schleusung von Personen und Material zwischen Ost und West in den 1950er Jahren noch problemlos erfolgen konnte, bedurfte es nach der Schließung der innerdeutschen Grenzen einer Professionalisierung der Schleusungen, die

70 »Tokio«Reg.-Nr. XV 3428/72; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

71 OPK »Kluge«, Reg.-Nr. XV 6751/82; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

72 »Sammeler«, Reg.-Nr. XV 1933/72; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

73 Vgl. *Kieler Nachrichten* vom 14.4.1960.

1988 sogar zur Einrichtung der HV A XVII führte. Zugleich war die HV A dabei auf Unterstützung von inoffiziellen Mitarbeitern aus dem »Operationsgebiet« angewiesen. Denn zum einen mussten die Schleuser gute Kenntnisse über Einrichtungen der Grenzsicherung sowie Unterbringungsmöglichkeiten in Grenznähe haben, zum anderen auch erste Anlaufstellen und konspirative Wohnungen in der Nähe der Grenze anbieten können.⁷⁴ Insgesamt waren 1988 78 Bundesbürger erfasst, die entlang der innerdeutschen Grenze Schleusungen durchführten – davon etwa drei im Kreis Lauenburg und vier in Lübeck.

Die Informationslage zu den Akteuren ist vergleichsweise zu den Ende der 1980er Jahre bei der HV A registrierten IM schwach. Bekannt ist das Ehepaar »Förster I« und »Förster II«, das seit 1970 im Auftrag der HV A die Grenze zwischen West und Ost passierte. Er (Jahrgang 1927) war in der SPD aktiv, sie (Jahrgang 1928) arbeitete im Textilwerk in Mölln.⁷⁵ Für einen weiteren GIM ließen sich bisher nur die Registriernummer und das Geburtsjahr 1921 ermitteln; zudem geht aus der Personenkartei hervor, dass er ebenfalls für die Abteilung XVII (Grenzschleusung) der HV A registriert war.⁷⁶

Dann gab es noch die O-Quellen »Student« und »Akrobat«. »Student« war ein Lauenburger Journalist, Jahrgang 1937.⁷⁷ Er war für die HV A X/4 erfasst. Dabei handelt es sich um jene Abteilung bei der HV A, die »aktive Maßnahmen« durchführte, also für die Lancierung von Desinformationen in der Bundesrepublik sorgen sollte beziehungsweise deren Aufgabe es war, den »Feind zu entlarven, zu kompromittieren bzw. zu desorganisieren und zu zersetzen«.⁷⁸ Insbesondere Personen aus dem Bereich Presse und Medien wurden damit betraut, die einerseits zu diesem Zweck Informationen beschaffen sollten und andererseits durch ihre Tätigkeit Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen konnten.⁷⁹ Diese »Multiplikatoren« im »Operationsgebiet« sollten insbesondere solche Kampagnen inszenieren, die beispielsweise Politiker entlarvten, die Westdeutschland in der öffentlichen Meinung diskreditierten und Bewegungen auslösten, die mit den Zielen der DDR-Staatsführung übereinstimmten. Dazu wurden echte oder fiktive Briefe veröffentlicht und Dokumente, Flugblätter und Studien publiziert. Zu den »aktiven Maßnahmen« gehörten auch die bewusst eingesetzten rechtsextremen »Schmierereien« – Bestechungen von Politikern.

Die O-Quelle »Akrobat«, ebenfalls Jahrgang 1937, ist für die HV A XV/1 erfasst, die zuständig war für die Beschaffung von Informationen zum Maschinenbau und zur Umgehung des Embargos.⁸⁰ Das dortige Referat 1 interessierte sich für militä-

74 Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 244 f.

75 »Förster I« und »Förster II«, Reg.-Nr. XV 305/70; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

76 N. N., Reg.-Nr. XV 2615/65; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

77 »Student«, Reg.-Nr. XV 221/70; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

78 Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 225.

79 Ebenda

80 »Akrobat«, Reg.-Nr. XV 199/80; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

rische Fahrzeuge und Schiffbau der Krauss-Maffei-AG in München, des Krupp-Maschinenbaus und der HDW in Kiel und unterhielt insgesamt sieben O-Quellen⁸¹, darunter eben auch »Akrobat«. Auf den Personalleiter der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt (GKSS) in Geesthacht, den die HV A mit Arno Bunge in Verbindung brachte, verweisen 399 Informationen. Von April 1980 bis Dezember 1988 gingen bei der HV A 233 Dokumente ein (eines »sehr wertvoll«, 33 »wertvoll«), in denen es um Kerntechnik und Reaktorsicherheit, aber auch um Detailfragen wie einen Druckabbauversuchsstand oder biotechnologische Fragen des Zelluloseabbaus, Bioreaktoren oder Umkehrosmose ging. Die Unterlagen weisen in 26 Fällen Bezüge zur Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt und in zehn Fällen zum Kernforschungszentrum in Karlsruhe auf. Sie wurden an das Kernkraftwerk Rheinsberg und den VEB Chemieanlagenbau in Staßfurt weitergeleitet. Die O-Quelle »Akrobat« verfügte über eine Deckadresse und eine Instrukteurverbindung.⁸²

Husum

Aus der Rosenholzkartei geht hervor, dass die HV A VI/B/2 in Husum seit 1987 eine »konspirative Wohnung« (KW) unter dem Decknamen »Moritz« unterhielt, deren Adresse mit der eines Beerdigungsinstitutes übereinstimmt.⁸³ Husum war ansonsten für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR eher uninteressant. Lediglich die Kontaktperson »Kiesel« der Abteilung HV A X war noch für Husum registriert. »Kiesel« war der HV A X/4 zugewiesen,⁸⁴ welche sich mit der Einflussnahme auf Verlage und Presseorgane und ähnlichem beschäftigte.⁸⁵ Vermutlich bewegte sich »Kiesel« in einem schleswig-holsteinischen oder sogar Husumer Verlagsgeschäft.

Kiel

Kiel als Landeshauptstadt, in der die meisten Landeseinrichtungen angesiedelt sind, war Hort des Marinegeschwaders sowie des militärischen und zivilen Schiffbaus und Standort der Universität und der Fachhochschule. Die Stadt bot viele »Feindobjekte«, die in den Fokus der HV A geraten waren: Dazu zählten unter anderem die Landesverbände der FDP, der Grünen und der CDU und der DBG-Landesbezirksvorstand und aus dem Bereich der Landeseinrichtungen das Geologische Landesamt, das Landesinnenministerium Schleswig-Holstein und der Militärische Abschirmdienst in Schleswig-Holstein. Zudem war die Polizei von Interesse für das MfS, genauer genommen das Kriminal-Polizeiamt-Dezernat 3. Ferner bestand Inte-

81 Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 239.

82 Vgl. Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 223 f.

83 »Moritz«, Reg.-Nr. XV 2846/87; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 121.

84 »Kiesel«, Reg.-Nr. XV 1233/65; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 177.

85 Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 228.

resse an der Fachhochschule wegen ihres technischen Schwerpunktes und selbststrebend an der Christian-Albrechts-Universität, wo sich Hinweise auf das Institut für Weltwirtschaft, das Institut für Politik und Ostrecht, das Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) und auch den Allgemeinen Studierenden Ausschuss finden. In der DDR waren die Marinestützpunkte in Schleswig-Holstein bekannt, die zu den Aufklärungszielen der HV A gehörten, darunter das Schiffsmedizinische Institut der Marine in Kiel-Kronshagen. Verzeichnet ist das Interesse an der im Schiffbau relevanten Firma Anschütz, die bordtaugliche Kreiselkompassse herstellte sowie Radarleitsysteme, die im Rüstungswesen relevant waren. Schließlich ist noch das operative Interesse an Schienenfahrzeugen der Krupp-MaK Maschinenbau GmbH anzuführen.⁸⁶

Einer der ersten Spionagefälle in Kiel – nach dem von Gustav Hanelt – betraf im Spätsommer 1952 den Sportjournalisten Peter Frahm und den Kaufmann Harald Freidanck aus Kiel. Sie wurden von der Kieler Kriminalpolizei festgenommen wegen des »dringenden Verdachts der Spionage«. Frahm arbeitete für mehrere Rundfunkstationen und Zeitungen der DDR und »vermittelte zahlreiche Besuche westdeutscher Sportjournalisten zu Sportereignissen in der ehemaligen sowjetischen Zone«, heißt es in den Medien. Einmal im Monat soll er sich in der DDR aufgehalten haben, um dem ostdeutschen Nachrichtendienst Informationen insbesondere über die britische Besatzungsmacht zukommen zu lassen. Nach längerer Beobachtung durch das Innenministerium wurde er festgenommen, als er sich zu einem weiteren Treffen mit seinen Auftraggebern illegal in die DDR begeben wollte.⁸⁷ Im Dezember 1952 wurde er wegen Landesverrats angeklagt. Der 26-jährige Frahm verübte allerdings im Januar 1953 in der Untersuchungshaft Selbstmord und entzog sich damit der Verurteilung.⁸⁸

Anders erging es Harald Freidanck, dem ehemaligen Leiter der britischen Informationszentrale in Kiel. Freidanck fungierte als Verbindungsmann zwischen den britischen Besatzungsbehörden und deutschen Presseberichterstatern und leitete im Frühjahr 1952 unter anderem die Öffentlichkeitsarbeit und Pressevermittlung bei den britischen Mai-Manövern in Kiel. Ihm wurde ebenso wie Frahm vorgeworfen, »Informationen über Verhältnisse und Einrichtungen der britischen Besatzungsmacht fortlaufend«⁸⁹ »gegen Bezahlung an einen östlichen Nachrichtendienst weitergegeben zu haben«.⁹⁰ Der Fall Freidanck gelangte zu zweifelhafter Berühmtheit, da es der erste Landesverratsprozess der jungen Bundesrepublik vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe war, in dem »erstmalig die Begriffe des ‚Staatsgeheimnisses‘

86 Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken, Berlin 2008, S. 942.

87 Kieler Nachrichten vom 6./7.9.1952.

88 Kieler Nachrichten vom 6.12.1952 und vom 20.1.1953.

89 Kieler Nachrichten vom 6.12.1952.

90 Kieler Nachrichten vom 6.5.1953.

und der ‚Landesverräterischen Beziehungen‘ im Sinne des deutschen Strafrechts geklärt« wurden.⁹¹ Freidanck wurde schließlich im Mai 1953 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wobei die Staatsanwaltschaft in seinem Plädoyer darauf hinwies, dass er Staatsgeheimnisse an die östlichen Nachrichtendienste verkauft habe, wodurch die »Sicherheit der Besatzungsmacht und der Bundesrepublik« in Gefahr gebracht worden sei. Da das Auskundschaften der britischen Besatzungsmacht eng mit den Interessen der Bundesrepublik verknüpft sei, führte sie weiter aus, müsse sie die Frage, ob die Tat damit auch als Verrat deutscher Staatsgeheimnisse angesehen werden könne, bejahen. Dagegen vertrat der Pflichtverteidiger die Meinung, sein Mandant habe nur allgemein bekannte Tatsachen weitergegeben. Dies mag sich strafmildernd auf das Urteil ausgewirkt haben. Dies war der erste, aber bei weitem nicht der einzige Fall von Spionage, der in den 1950er Jahren in Schleswig-Holstein an die Öffentlichkeit drang.

Im Winter 1958/59 zog ein weiterer Spionagefall die Aufmerksamkeit auf sich. Der aus Neumünster stammende Tischler und zum damaligen Zeitpunkt Abc-Detektei-Besitzer Richard Brüggert und der Fotograf Peter Wingert wurden aufgrund des Verdachts festgenommen, sie hätten aus ihrem Sportflugzeug mithilfe einer Fotokamera militärische Stützpunkte in Kiel ausspioniert. Sie sollen anderthalb Jahre lang vorwiegend »militärische Anlagen, wie Häfen, Brücken und Kasernen, in Schleswig-Holstein von dem Flugzeug aus fotografiert und die Aufnahmen den interessierten Sowjetzonenbehörden angeboten und verkauft haben.«⁹² Zusammen mit den beiden schon genannten Angeklagten wurde auch die Ehefrau Richard Brüggerts in Kiel in Untersuchungshaft genommen. Zwar hatten die beiden Männer laut den *Kieler Nachrichten* die technische Seite der Spionage ausgeführt, Erna Brüggert habe aber ihre Verwandtenbesuche in der DDR zu zahlreichen Kurierdiensten genutzt. Die Behörden wurden auf den »ersten Luftspionagefall in der Bundesrepublik«⁹³ aufmerksam, als Brüggert bei einem privaten Flug mit seiner Maschine in den Nord-Ostsee-Kanal abgestürzt war. Beim Bergen des Wracks wurden dann die Vorrichtungen für die Luftaufnahmen festgestellt und dadurch die Ermittlungen ausgelöst.⁹⁴ »Mit allen Requisiten eines Spionagefalles begann gestern in Kiel vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts Schleswig [...] der seit langem erwartete Luftspionagebericht«⁹⁵, berichteten die *Kieler Nachrichten* dann am 11. Februar 1960. Der Prozess scheint ungewöhnlich turbulent gewesen zu sein. Während der Hauptangeklagte Richard Brüggert jede Aussage verweigerte mit der Begründung »Ich habe zum Gericht kein Vertrauen« oder »Ich sage nichts. Ich verzichte auf meine Rechte. Es sind keine!«, erklärte Peter Wingert unbedingt, dass er unschuldig sei. Dafür gestand Erna Brüggert alles und belastete damit auch ihren Mann. Erna Brüggerts Aussage zeigte den

91 Kieler Nachrichten vom 6.5.1953.

92 Kieler Nachrichten vom 26.1.1959.

93 Kieler Nachrichten vom 4.5.1959.

94 Kieler Nachrichten vom 26.1.1959.

95 Kieler Nachrichten vom 11.2.1960.

Erfindungsreichtum der Geheimdiensttätigkeit in den 1950er Jahren: Die Aufnahmen wurden beispielsweise innerhalb einer Blechdose in einem Brötchen versteckt, das zum Reiseproviant gelegt wurde. Die Aufträge wurden Erna Brüggert dann in Ost-Berlin auf Mikrofilmen mitgegeben, »seidendünne Blättchen«, die die Schleswig-Holsteinerin zunächst in ihrem Portemonnaie aufbewahrte, bis sie vom Kurier einen Regenschirm erhielt, der Verstecke zum Aufbewahren der Mikrofilme enthielt. Das Medieninteresse an diesem Fall zeigt, wie aufmerksam die ersten Fälle nachrichtendienstlicher Arbeit in Kiel verfolgt wurden. Der Übertritt des stellvertretenden Stabschefs des Leiters des militärischen Nachrichtendienstes der DDR, Oberstleutnant Siegfried Dombrowski (1916–1977)⁹⁶, am 5. August 1958 nach West-Berlin führte auch zu den Verhaftungen von Werner K. H. Wilhelmy und Otto Drabe in Kiel. »Kieler unter Spionageverdacht. Einige Tage nach Dombrowskis Pressekonferenz verhaftet«, hieß es.⁹⁷ Wilhelmy und Drabe sollen versucht haben, »Angehörige von Behörden, Dienststellen und Großbetriebe« auszuspähen und für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit zu gewinnen. Auch die Beschaffung von Verschlusssachen hatte zu ihren Aufträgen gehört.⁹⁸ Sie wurden wegen »verräterische[r] Beziehungen zum sowjetzonalen militärischen Nachrichtendienst« angeklagt.⁹⁹ Es hieß, sie hätten »sicherheitsgefährdende Nachrichten über Angelegenheiten der Landesverteidigung« gesammelt und militärische Anlagen fotografiert.¹⁰⁰

Mithin zeigen diese Beispiele das Interesse an der operativen Beschaffung von Informationen aus Kiel. Doch 1988/89 wirkt das Quellennetz in Kiel mit seinen neun Positionen nicht sonderlich brisant. Dort gab es zuletzt einen Kieler Studenten (Jahrgang 1957), der aber in West-Berlin immatrikuliert war. Er wurde 1982 als Kontaktperson »Radom« und ab 1985 als O-Quelle¹⁰¹ bei der HV A II/2 erfasst, die für die FDP zuständig war. Er hatte promoviert, war Lehrbeauftragter und im Kontext des Deutschen Bundestages in Berlin tätig. Folgende Zielobjekte wurden »Radom« von der HV A zugewiesen: das Paul-Loebe-Institut in West-Berlin, die Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben, die Friedrich-Naumann-Stiftung sowie der FDP-Bundesvorstand. Er sei 1979 in der DDR auf »ideologischer Basis« durch einen Mitarbeiter der HV A angeworben worden. Als nachrichtendienstliches Hilfsmittel habe er eine

96 Vgl. zur Person Walter Richter: Der Militärische Nachrichtendienst der Nationalen Volksarmee der DDR und seine Kontrolle durch das Ministerium für Staatssicherheit. Die Geschichte eines deutschen Geheimdienstes, Frankfurt am Main 2002, S. 39–74; Hermann Zolling/Heinz Höhne: Pullach intern, in: Der Spiegel (1971) H. 23, S. 100–116; Siegfried Dombrowski, in: Der Spiegel (1959) H. 6, S. 653; Friedrich-Wilhelm Schlomann: Operationsgebiet Bundesrepublik. Spionage, Sabotage und Subversion, München 1984, S. 357–359; Klaus Behling: Der Nachrichtendienst der NVA, Berlin 2005, S. 219–221.

97 Kieler Nachrichten vom 11.2.1959.

98 Ebenda.

99 Kieler Nachrichten vom 21.7. 1959.

100 Ebenda.

101 »Radom«, Reg.-Nr. XV 1324/85; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 65.

Deckadresse in der DDR erhalten und die Verbindung zu ihm sei durch einen Instrukteur gehalten worden.¹⁰² Mit dem Werber II »Gulden« (1945–2018) kooperierte ebenfalls die HV A II/2.¹⁰³ Der Psychologe hatte sich seit den 1980er Jahren bald zwei Jahrzehnte lang wissenschaftlich mit Fragen der Motivationspsychologie befasst. Die HV A war 1979 auf ihn aufmerksam geworden und hatte ihn zunächst als Perspektiv-IM eingestuft; er galt als vertrauenswürdig und ihm sei ebenfalls eine Deckadresse in der DDR ausgehändigt worden; eine Instrukteurverbindung ist für ihn nicht verzeichnet. Er sei ebenfalls in der DDR auf »ideologischer Basis« durch einen Mitarbeiter der HV A angeworben worden.¹⁰⁴

Bei der »Hanseatischen Apparatebaugesellschaft« (Hagenuk) in Kiel, zuvor »Neufeldt und Kuhnke«, arbeitete »Sonja Kern« (Jahrgang 1942) als Übersetzerin.¹⁰⁵ Das Unternehmen produzierte Telekommunikations- und Radiogeräte, Schiffsausrüstung und Tauchgeräte. Die HV-A-Dependance in Neubrandenburg (Referat XV/1) sah in ihr seit 1985 eine O-Quelle. »Sonja Kern« sei 1985 in der Bundesrepublik durch einen inoffiziellen Mitarbeiter angeworben worden, teils auf »materieller Basis«, teils aufgrund »persönlicher Zuneigung zur Bezugsperson«; zuvor war sie ab 1982 als Kontaktperson erfasst. Sie galt als vertrauenswürdig und die operativen Kontakte zu ihr wurden durch eine Instrukteurverbindung unterhalten. Die HV A brachte sie mit dem Namen Marita Kay in Verbindung.¹⁰⁶

Einen in Kiel arbeitenden Gärtner (Jahrgang 1954) verzeichnete die Schweriner Abteilung XV als Kontaktperson »Bunker«. Durch seine Einreise in die DDR war er der HV A aufgefallen. Seine Anwerbung sei dann 1985 auf »materieller Basis« in der DDR erfolgt und er habe eine Deckadresse in der DDR erhalten.¹⁰⁷

1982 registrierte die HV A XV/1 eine Kontaktperson, die sie »Peter Keil« (Jahrgang 1948)¹⁰⁸ nannte. Diese Dienstseinheit befasste sich mit konventioneller Militärtechnik und militärischem Fahrzeug- und Schiffbau. Das operative Augenmerk lag wesentlich auf den Unternehmen Maschinenbau Krupp (MaK) und Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) in Kiel.¹⁰⁹ »Peter Keil« war bei einer Einreise in die DDR in den Blick gekommen und wurde von der HV A seit 1988 für auf »ideologischer Basis« ansprechbar gehalten. Der selbstständige Handelskaufmann galt als zuverlässig, habe über

102 Ebenda

103 »Gulden«, Reg.-Nr. XV 134/80; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 65.

104 Vgl. Ebenda.

105 »Sonja Kern«, Reg.-Nr. XV 2387/85; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 303.

106 Ebenda.

107 »Bunker«, Reg.-Nr. XV 5153/85; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 312.

108 »Peter Keil«, Reg.-Nr. XV 6494/82; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 223.

109 Vgl. Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 222 f.

Verwandschaft in der DDR verfügt und eine Deckadresse in der DDR ausgehändigt bekommen.¹¹⁰

Der Ermittler »Fuchs« (Jahrgang 1952) aus Kiel war für die HV A XII/1 erfasst. Er war ihr durch einen DDR-IM aufgefallen und sei in der DDR auf »ideologischer Basis« 1983 angeworben worden. Er wurde als Hochschullehrer der Christian-Albrechts-Universität in Kiel aufgeführt und pflegte seine Verwandschaft in der DDR.¹¹¹

Auf die Kontaktperson »Fabian« (Jahrgang 1950) aus Kiel war die HV A XV/1 durch einen inoffiziellen Mitarbeiter aufmerksam geworden. Verzeichnet wurde er bereits 1984, doch wird ein Kontakt erst für das Jahr 1988 auf einer »ideologischen Basis« ausgewiesen. Das ihm zugewiesene Zielobjekt war die Christian-Albrechts-Universität.¹¹²

In der Tat wohnten in Kiel Inoffizielle der HV A mit durchaus nachrichtendienstlich relevanten Arbeitsplätzen, doch niemand war in der Landesregierung oder im Innenministerium tätig. So betrachtet scheinen die operativen Planungen der HV A – zumindest, was die für Kiel betrifft – nicht aufgegangen zu sein. Wie noch zu zeigen sein wird, ist dieser Eindruck noch zu relativieren. Die Ortsanalyse Kiel brachte zunächst keinen Hinweis darauf, durch die HV A in der Landesregierung inoffiziell vertreten zu sein. Dennoch gab es durchaus nennenswerte Zugänge.

Björn Engholm (Jahrgang 1939) gehörte von 1969 bis 1983 dem Deutschen Bundestag an, von 1975 bis 1984 war er SPD-Landesvorsitzender und von 1988 bis zum Mai 1993 war er Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.¹¹³ In dieser Zeit war der ehemalige NDR-Journalist Bernd Michels (Jahrgang 1945) sein persönlicher Referent und Redenschreiber, von 1976 bis 1985 war er Pressesprecher der SPD Schleswig-Holstein. Im Jahre 1988 war er Engholms Wahlkreismitarbeiter. Der Journalist Bernd Michels galt der HV A X/3 als ihre Objektquelle »Bernhard«, die sie ab 1973 verzeichnet hatte; er sei ihr aus offiziellen Kontakten bekannt geworden.¹¹⁴ Die nachrichtendienstliche Anwerbung sei 1973 in der DDR auf »ideologischer Basis« durch einen Mitarbeiter der HV A erfolgt. Als Zielobjekte wies ihm die HV A den SPD-Landesverband sowie deren Bezirksverbände in Schleswig-Holstein zu. Er habe eine Deckadresse in der DDR sowie einen internationalen (fiktiven) Ausweis ausgehändigt bekommen; die Verbindung zu ihm habe ein Instrukteur gehalten.¹¹⁵ Einen beachtlichen Einblick in seine Beziehungen gab er durch seine 1990 erschienene Biographie.¹¹⁶ Der

110 Vgl. Ebenda.

111 »Fuchs«, Reg.-Nr. XV 7921/81; BArch, MfS, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 194.

112 »Fabian«, Reg.-Nr. XV 1615/84; BArch, MfS, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 223.

113 Vgl. Rainer Burchardt/Werner Knobbe: Björn Engholm. Die Geschichte einer gescheiterten Hoffnung, Stuttgart 1993.

114 »Bernhardt«, Reg.-Nr. XV 3821/73; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 176.

115 Ebenda.

116 Vgl. Bernd Michels: Spionage auf Deutsch. Wie ich über Nacht zum Top-Agenten wurde, Düsseldorf 1992.



Buchcover Michels. Das ungewöhnliche Geständnis eines Inoffiziellen Mitarbeiters der Hauptverwaltung A des Ministeriums für Staatssicherheit.

gegen Michels im November 1996 eröffnete Prozess führte zu seiner Verurteilung wegen »geheimdienstlicher Tätigkeit«. »Bernhard« hatte zumindest sehr gute Zugänge zur Spitze der SPD in Schleswig-Holstein unterhalten und schließlich 1988 durch deren Regierungsübernahme in Schleswig-Holstein auch zur Landesregierung. In den SIRA-Teildatenbanken der HV A gehen 183 operativ beschaffte Informationen auf ihn zurück. Die Generalbundesanwaltschaft ging bei ihrer Anklage nicht allein von operativer Informationsbeschaffung aus, sondern hatte Anhaltspunkte für die Annahme, dass er auch Argumente vermittelt hatte. Es heißt: »Inhaltlich ging es bei diesen Zusammenkünften [...] nicht allein um die Entgegennahme der von dem Angeschuldigten Michels gelieferten Informationen, sondern auch darum, zur Einflussnahme auf anstehende politische Entscheidungen innerhalb der SPD Bernd Michels mit ‚vorgefertigten Argumenten‘ auszustatten, die er gesprächsweise Günther Jansen und anderen führenden Parteimitgliedern nahebringen sollte.«¹¹⁷

Der spätere Ministerpräsident Björn Engholm war von 1971 bis mindestens 1988 – über 17 Jahre lang – als Kontaktperson »Hecht« in den Karteien der HV A geführt

117 Vgl. Klaus Marxen/Gerhard Werle (Hrsg.): Strafrecht und DDR-Unrecht. Dokumentation. Band 4.1. Teilband, Berlin 2004, S. 543.



Oktober 1983, Björn Engholm in Warnemünde. Ein Observationsfoto (Bundesarchiv).

worden.¹¹⁸ Das brachte den Sozialdemokraten, der in den 1960er Jahren gern gesehener Gast in der DDR war, mitunter in Schwerin, in den Verdacht, inoffiziell für die HV A aktiv gewesen zu sein. Eine solche Annahme wurde juristisch als nicht belastbar angesehen; die Stasi-Unterlagenbehörde stellte ihm überdies einen erstklassigen Persilschein aus, zumal in den Datenbanken der HV A keine operativ beschafften Informationen verzeichnet sind, die unmittelbar auf seinen Vorgang zurückgehen. Allerdings scheint Engholm ein Gesprächspartner des DDR-Diplomaten und Hochschullehrers Klaus Zechmeister gewesen zu sein, der für die HV A X/3 seit 1960 als »Kolbe« verzeichnet war.¹¹⁹ Das macht ihn nicht zu einem Agenten, sondern ledig-

118 »Hecht«, Reg.-Nr. XV 128/71; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); ebenda, HV A Nr. 1060, Bl. 1 f.; BArch, MfS, HA VI, Nr. 1830 Informationen über Engholms Aufenthalte in der DDR), 3077 (Informationen über Engholms Einreisen in die DDR) und 3669 (Fahndungsersuchen); BArch, MfS, HA VIII Nr. 2188/6 (Personenangaben), Nr. 5164 (Übersichten über Engholms Reisetätigkeit) und 15652 (Auszug aus einem Gespräch Engholms mit Hans Reichelt 1989); ebenda, ZOS, Nr. 2228 (Informationen über Engholms Einreisen in die DDR); ebenda, HA IX/11, AG MF II (Medienberichte), ebenda, SdM, Nr. 1499 (Bericht über den Besuch Engholms); ebenda Arbeitsbereich Neiber, Nr. 16 (Bericht des Direktors des Hotel Neptun); ZAIG, Nr. 25466 (Informationen über beabsichtigte Einreisen); BArch, MfS, BV Schwerin, ZMA VI, Nr. 1115 (Informationen über Einreisen in die DDR); BArch, MfS, HV A Nr. 1060 (Medienberichte); Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 68.

119 »Kolbe«, Reg.-Nr. XV 2792/60; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz). 1989 war Kolbe als Offizier im besonderen Einsatz verzeichnet.



Titelseite der Bildzeitung vom 15. November 1991, auf der der SPD-Pressesprecher Bernd Michels medial enttarnt wird (Bild).

lich zu einem möglicherweise bewussten, vielleicht auch unbewussten Informations-sponder der DDR.¹²⁰ Der Philosophieprofessor der Akademie der Wissenschaften der DDR arbeitete zeitweilig als Erster Sekretär der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn. In jener Zeit führte er Gespräche mit Bundestagsabgeordneten wie mit den Sozialdemokraten Wilhelm Nöbel (1936–2006) und Horst Peter (1937–2012), wie auch mit den Abgeordneten Lenelotte von Bothmer (1915–1997) und Karsten Voigt (Jahrgang 1941), die in seinem Aktenvorgang verzeichnet waren.

Björn Engholm hielt sich wiederholt in den Jahren von 1984 bis 1987 in Ostberlin auf. So besuchte er Zechmeister am 29. März 1984, woraufhin schon am nächsten Tag in der SIRA-Teildatenbank 12 der HV A unter »Kolbe« ein Bericht unter dem Titel eingespeist wurde: »Aus dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum SPD-Bundesparteitag«. Engholm besuchte Zechmeister am 19./20. Dezember 1985 abermals in Ostberlin. In die SIRA-Teildatenbank 12 der HV A wurde am 19. Dezember 1985 ein Bericht von »Kolbe« mit dem Titel »Zur Programmdiskussion der SPD« eingespeist.

120 Vgl. Georg Herbstritt: Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, Berlin 2013, S. 102 f. (künftig zitiert: Herbstritt, Bundestag).

Die Filiale der HV A in Leipzig führte seit dem 19. September 1969 den Vorgang »Isotop«, aus dem am 14. Juli 1982 ein Ehepaar aus Dätgen in die Operative Personenkontrollakte »Solar« umgebucht wurde. Die kaufmännische Angestellte (Jahrgang 1937) arbeitete bei dem Schulbuchverlag Westermann, der Ingenieur (Jahrgang 1934) war vertraglich bei der Gesellschaft für Kernenergie in Schleswig-Holstein gebunden. Die zu diesem Zeitpunkt von Georg Köhler, ab Oktober 1984 von Winfried Hoffmann geführten Vorgänge waren bis zuletzt offen.¹²¹

Lübeck

In dem an der Grenze zur Deutschen Demokratischen Republik gelegenen Lübeck können, vermutlich eben aufgrund dieser Grenzlage, einige Fälle von DDR-Spionage nachvollzogen werden. Diese betreffen insbesondere den Bundesgrenzschutz, das Flüchtlings-Durchgangslager Blankensee, die Polizei sowie die Bundeswehr und damit zusammenhängend die militärisch relevante Industrie. Beispielsweise waren Industriebetriebe wie die Drägerwerk AG Ziel nachrichtendienstlicher Tätigkeit.

Im Jahr 1957 wurden beispielsweise sowohl der 42-jährige Lübecker Louis Heidecke als auch der 37-jährige Heinz Haustein wegen landesverräterischer Beziehungen zum »Staatssicherheitsdienst der Sowjetzone« angeklagt und verurteilt. Heidecke hatte den Kontakt zu dem ostdeutschen Nachrichtendienst vermutlich aus finanziellen Gründen gesucht und sich verpflichtet, dem MfS Informationen über die westdeutsche Polizei zu liefern. Haustein, ein ehemaliger Mitarbeiter des Bundesgrenzschutzes, war nach disziplinarer Maßregelung in die DDR gereist und direkt nach seiner Ankunft vom Nachrichtendienst angesprochen und offenkundig rekrutiert worden. Er sei als »Agent betreut und geschult worden«, wie die *Kieler Nachrichten* angeben. Heidecke wurde zu zwei Jahren, Haustein zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt.¹²² Diese beiden blieben aber nicht die einzigen, die sich wegen Spionagetätigkeit für die DDR im Raum Lübeck vor Gericht verantworten mussten.

Schon im nächsten Jahr, im Dezember 1958, wurde Walter Schenke (Jahrgang 1915) wegen Spionageverdachts in Lübeck verhaftet. 1954 hatte er sich arbeitslos gemeldet, als sein auf dem Hinterhof ausgeübter Kleinholzhandel scheinbar nicht mehr zur Existenzsicherung ausgereicht hatte. Anschließend hatte er sich dann als Herausgeber des Pressedienstes *Flottennachrichten Ost* selbstständig gemacht. In diesem Informationsblatt veröffentlichte der ehemalige Berufsoffizier Artikel über »Schiffs-Neubauten in den Ostblockstaaten und Rotchina« und über »die Antarktis, sowjetische Aktivität am Südpol, die Industrialisierung Chinas mit Sowjethilfe, das

121 »Isotop«, Reg.-Nr. XV 1785/69; BArch, MfS, HV A, F 16 und F 22 (Rosenholz); »Solar«, Reg.-Nr. XV 3378/82; BArch, MfS, MfS, HV A, F 16, F 22 [und Statistikbogen] (Rosenholz); MfS, BV Leipzig, AIM 1817/91; BArch, MfS, BV Leipzig, Abt. XV Nr. 12, 150, 1091 und 20267; BArch, MfS, BV Leipzig, AOPK Nr. 1986/91.

122 *Kieler Nachrichten* vom 4.3.1957 und 1.4.1957.

Walfangmutterschiff ›Sovietskaja Ukraina‹ und ähnlich[e] Themen«, wie die *Kieler Nachrichten* im Februar 1959 berichteten.¹²³ Weiter berichteten sie, dass es sich bei der Pressestelle lediglich um eine Tarnung gehandelt habe, mit der die Kontakte zum ostdeutschen Nachrichtendienst verschleiert werden sollten. Gleichzeitig mit Walter Schenke gerieten auch seine vier Mitarbeiter unter Verdacht und die Zeitung sprach von einem schleswig-holsteinischen Spionagering.¹²⁴ Schließlich wurde Schenke gemeinsam mit seinem Mitarbeiter Bruno Hönke (Jahrgang 1908), ebenfalls wohnhaft in Lübeck, zu 16 Monaten beziehungsweise zehn Monaten Haft verurteilt. Schenke und Hönke wurde vorgehalten, Beziehungen zum »sowjetzonalen Nachrichtendienst angeknüpft« und diesem dann, »Stimmungsberichte« aus der Bundesrepublik verkauft zu haben. Es hieß, die gelieferten Informationen seien keine sonderlich wichtigen gewesen, wie etwa Berichte über »den Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein, die Bundestagswahl und die Einstellung der Bevölkerung zur Atomfrage«.¹²⁵

Walter Schenke war ein gebürtiger Arnstädter, den die HV A im Februar 1956 zur Kooperation unter dem Decknamen »Gerhard« verpflichtet hatte. Den Vorgang hatte der im Bereich Militärspionage (HV A IV) tätige Offizier Pink angelegt; dann wurde er von Werner Großmann übernommen und landete letztlich bei Günter Lehmann. Die Aktendeckel wurden nach zwei Aktenbänden im Januar 1962 geschlossen. »Gerhard« galt der HV A zum Zeitpunkt seiner Anwerbung als beschäftigungsloser Gelegenheitsarbeiter.¹²⁶ Der gebürtige Danziger Bruno Hönke war bei der HV A in dem Aktenvorgang von Walter Schenke erfasst worden. Der Diplomvolkswirt ist dort als Fabrikant für Süßwaren ausgewiesen.¹²⁷

Schenke hatte sich überdies dem Bundesnachrichtendienst (BND) angeboten, fortan für diesen zu arbeiten. Das Versprechen des BND von Straffreiheit hielt der urteilende Richter für unzulässig, zumal außerhalb des Kompetenzbereiches des BND stehend. Er führte aus, allein die Aufnahme von Beziehungen zu einem fremden Nachrichtendienst sei strafbar. Gegen den Angeklagten sprach auch seine Ausstattung »mit Mikroskop, Kamera, Mikrofilm und Fotolaborgeräten«. Außerdem hatte Schenke bereits 7.500 Deutsche Mark bei den elf Treffen in der DDR erhalten; Hönke war allerdings erst dreimal »drüben« gewesen und hatte 850 Deutsche Mark für seine Berichte verdient.¹²⁸

Wenig später wurde der ehemalige Lübecker Polizeiwachtmeister Hans-Jürgen Meyer ebenfalls zu sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Bewährung verurteilt. Die *Kieler Nachrichten* betitelten sein Motiv, für den Staatssicherheitsdienst (SSD) zu

123 Kieler Nachrichten vom 13.2.1959 und 16.2.1959.

124 Kieler Nachrichten vom 14.2. 1959.

125 Vgl. Kieler Nachrichten vom 11.3.1959.

126 »Gerhard«, Reg.-Nr. XV 14042/60; BArch, MfS, F 16 und F 22 (Rosenholz).

127 Reg.-Nr. XV 14042/60; BArch, MfS, F 16 und F 22 (Rosenholz).

128 Vgl. Ebenda.

arbeiten: »Amtsgeheimnisse dem SSD verraten. Polizist floh aus Angst vor der Mutter in die Sowjetzone«. Dort wurde er zur inoffiziellen Kooperation verpflichtet.¹²⁹

1960 wurde ein größerer Spionagering in Lübeck aufgedeckt, der fünf Männer umfasste und militärische und industrielle Spionage betrieben hatte. Im Zentrum dieses Falls stand der damals 46-jährige Erwin Verpoort, der 1957 zur Leipziger Messe eingeladen worden war und mit dem sowjetischen sowie ostdeutschen Nachrichtendienst in Kontakt gekommen war. Verpoort hatte Nachrichten über die Bundeswehr gesammelt und weitergegeben. Darüber hinaus hatte er aber auch weitere Mitarbeiter angeworben, von denen insbesondere der gemeinsam mit Verpoort angeklagte Karl von Fromm mehrere Aufträge für den sowjetischen Nachrichtendienst ausgeführt hatte, »die sich auf militärische Angelegenheiten der Bundeswehr und der ausländischen Streitkräfte« bezogen.¹³⁰ Fromm hatte wiederum Gerhard Lach angeworben, der sich ebenfalls an der »Durchführung« dieser Aufträge beteiligte. Lach wurde zudem Werksspionage vorgeworfen.¹³¹ Zu diesem Ring gehörten zudem noch ein Robert Luft, der Informationen über amerikanische Streitkräfte weitergegeben hatte,¹³² und der Arbeiter Joachim Steffen, der gleichfalls angeklagt war. Wie Verpoort war er auf der Leipziger Messe angeworben worden und angehalten, über seinen Arbeitgeber zu berichten. Er war im Drägerwerk als Gießer beschäftigt. Alle Angeklagten wurden nach nur drei Verhandlungstagen zu Gefängnisstrafen zwischen zweieinhalb und einem Jahr verurteilt.¹³³

Über die Polizei, den Bundesgrenzschutz in Lübeck und das Durchgangslager Blankensee berichtete auch Willi Habermann in »den Osten«, bevor er im Frühjahr 1960 festgenommen wurde. Seine Tätigkeit beschränkte sich allerdings nicht nur auf die Bundesrepublik. Mehrmals wechselte er in den 1950er Jahren über die innerdeutsche Grenze und erhielt auch in der DDR Aufträge mit dem Ziel, über das Umfeld in der DDR zu berichten. Schließlich wurde er im August 1960 in Lübeck wegen »landesverräterischer Beziehungen in Tateinheit mit politischer Verdächtigung zu zehn Monaten Gefängnis« verurteilt.¹³⁴ Im gleichen Monat wurde auch Renate Gibbons wegen »verräterischer Beziehungen zum sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst zu acht Monaten Gefängnis« verurteilt. Wie bei vielen, die für Lübeck und Umgebung angeworben wurden, betraf auch ihr Spionageauftrag die Polizei Südholsteins, den Bundesgrenzschutz sowie »in- und ausländische Wehrmachtseinheiten«.¹³⁵

129 Vgl. Kieler Nachrichten vom 15.3.1959.

130 Vgl. Kieler Nachrichten vom 4.6.1960.

131 Vgl. Kieler Nachrichten vom 11.6.1960.

132 Vgl. Ebenda.

133 Kieler Nachrichten vom 8.6.1960.

134 Kieler Nachrichten vom 12.8.1960.

135 Kieler Nachrichten vom 13.8.1960.

Bereits drei Monate später wurde auch der 22-jährige Gerhard Renner wegen »verräterischer Beziehungen zum sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst« verurteilt. Sein Fall ähnelt einigen der bereits genannten. Renner hatte seine Berufsausbildung abgebrochen und lebte seitdem als ungelernter Arbeiter in prekären und wechselnden Arbeitsverhältnissen. Dazu kamen familiäre Konflikte, sodass Renner schließlich versuchte, in die DDR überzusiedeln. Dort wurde das MfS auf ihn aufmerksam und warb Renner an. Dieser sollte fortan über den Zollgrenzdienst und den Bundesgrenzschutz im Lübecker Raum berichten. Das Gericht glaubte ihm nicht, als er vorgab, nur »Phantasieberichte« an den Nachrichtendienst geliefert zu haben. Er leugnete, »tote Briefkästen« zur Nachrichtenübermittlung genutzt zu haben. Für seine dreimonatige Tätigkeit für das MfS wurde Gerhard Renner schließlich zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.¹³⁶

An dieser zufälligen Auswahl an Medienberichten der 1950er Jahre ist ihre höhere Anzahl im Vergleich zu den Jahren nach dem Mauerbau bis 1964 auffallend.

Im Juni 1964 wurde in Lübeck vor dem 1. Strafsenat des schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichts über den 35-jährigen Einrichter Karl-Heinz Evers aus Lübeck verhandelt. Er war angeklagt wegen seiner Beziehungen zum »sowjetzonalen und sowjetrussischen Nachrichtendienst«. Evers hatte in der Bundesrepublik keinen Fuß gefasst. Bis 1945 besuchte er die Nationalpolitische Erziehungsanstalt in Plön, er meldete sich mit 15 Jahren bei Kriegsende freiwillig und wurde zum Wachdienst in Dänemark bis Kriegsende verpflichtet. Wegen Insolvenz seines Arbeitgebers konnte er die Berufsausbildung nicht abschließen. Auf Gelegenheitsarbeiten folgten schließlich Diebstahl, Hehlerei und Betrug. Etwa 1957 wird er mit dem MfS in Kontakt gekommen sein. Wie die *Kieler Nachrichten* berichteten, übergab er seinen Auftraggebern bei mindestens 15 nachrichtendienstlichen Treffen »Zeitungsausgaben, Stadtpläne und Arbeitsprogramme von Industrie-Werken. Er gab Personalauskünfte, bespitzelte den Bundesgrenzschutz und legte einen toten Briefkasten an.« Karl-Heinz Evers war geständig.¹³⁷

Mit Blick auf das Jahr 1988 war Lübeck innerhalb Schleswig-Holsteins operativ relevant. In keiner Stadt im Norden gab es mehr inoffizielle Mitarbeiter als dort: 13 IM und eine Kontaktperson aus der Region Lübeck waren für die HV A verzeichnet. Der Lage der Stadt entsprechend wurden einige als Grenz-IM (GIM) geführt. Sie wurden von einem »Schleusungsoffizier« instruiert und kontrolliert, der die »Schleusung« der illegal übersiedelnden Person plante und für die Durchführung verantwortlich war.¹³⁸ Die Ausbildung der Grenz-IM war entsprechend ihrer Aufgabe aufwendig, denn sie mussten lernen, sich mit einem Kompass und einer Karte in unbekanntem Gelände zu bewegen, Verstecke anzulegen, Karten von »Feindobjekten« schriftlich

136 Kieler Nachrichten vom 25.10.1960.

137 Vgl. Kieler Nachrichten vom 6.6.1964.

138 Vgl. Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, S. 89.

und zeichnerisch anzulegen und zu fotografieren, aber auch rechtzeitig Observationen zu erkennen und damit auch andere Personen zu observieren.¹³⁹

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand waren fünf Bürger als Grenz-IM mit Wohnsitz in Lübeck tätig. GIM »Platin« (Jahrgang 1933)¹⁴⁰ konnte möglicherweise seine Position als Lokführer beim Bahnbetriebswerk Lübeck für die Schleusung von Menschen über die grüne Grenze nutzen. Er war wie seine Frau, GIM »Juwel« (Jahrgang 1936)¹⁴¹, seit 1961 mit der HV A verbunden. Sie war beim Bahnbetriebswerk Lübeck als Schaffnerin angestellt. »Juwel« war ein Tipp eines IM aus dem »Operationsgebiet«. Sie sei in der DDR auf »ideologischer Basis« von einem Offizier der HV A angeworben worden. Sie erhielt offenbar die Vollausrüstung nachrichtendienstlicher Hilfsmittel: einen zweiseitigen KW-Funk, eine Deckadresse in der DDR, Geheimschreibmittel und Chiffre und eine persönliche Kurier- und Instrukteurverbindung. Ihr Stellenwert wird als bedeutend anzusehen sein, denn mit ihr sollte selbst im Falle eines Krieges (»Situation III«) Kontakt unterhalten werden.¹⁴² »Platin« hatte nachrichtendienstlich offenbar den gleichen Stellenwert wie seine Frau; auch er war mit diesen Hilfsmitteln ausgestattet. Auch er sei ideologisch motiviert in der DDR von der HV A angeworben worden. Als Zielobjekt war ihm die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn zugewiesen worden.

Dann gab es noch den Grenz-IM »Kaufmann« (Jahrgang 1932), der bei Rugenberger Brot arbeitete. Er sei bei einer Einreise in die DDR aufgefallen und dort 1975 [sic] auf »ideologischer Basis« in den inoffiziellen Dienst der HV A aufgenommen worden. Er sollte sich operativ auf Zoll und Polizei konzentrieren. Er galt als vertrauenswürdig und sei mit einer Deckadresse in der DDR versehen worden.¹⁴³ Ein weiterer Grenz-IM war der bei einem Autohändler in Lübeck beschäftigte Mechaniker »Händler« (Jahrgang 1940)¹⁴⁴, der seit 1985 nachrichtendienstlich gebunden war. Auf »Händler« war die HV A durch einen IM des MfS aufmerksam geworden. Er sei auf »ideologischer« und »materieller Basis« für die HV A angeworben worden.¹⁴⁵

Während Grenz-IM »Jochen« (Jahrgang 1952) seit 1986 geführt wurde und durch seine Position als Schlosser beim Bundesgrenzschutz leicht als Schleuser in Aktion treten konnte,¹⁴⁶ wurde eine Angehörige von ihm, die Sparkassenangestellte »Mari-

139 Ebenda.

140 »Platin«, Reg.-Nr. XV 9847/61; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 241.

141 »Juwel«, Reg.-Nr. XV 9847/61; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 241.

142 Vgl. Ebenda.

143 »Kaufmann«, Reg.-Nr. XV 5290/86; BArch, MfS, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 241.

144 »Händler«, Reg.-Nr. XV 5291/85; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 241.

145 Vgl. Ebenda.

146 »Jochen«, Reg.-Nr. XV 4325/76; BArch, MfS, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 309.

tim« (Jahrgang 1931) als Sicherungs-IM¹⁴⁷ geführt. Die HV A in Rostock war durch einen Hinweis des MfS (Hauptabteilung VI) auf sie aufmerksam geworden. Sie sei 1987 auf »ideologischer Basis« durch die HV A in der DDR angeworben worden. Sie galt als zuverlässig und habe über eine Deckadresse in der DDR verfügt.¹⁴⁸ »Jochen« sei der HV A durch eine Einreise in die DDR 1986 aufgefallen und in der DDR auf »ideologischer Basis« angeworben worden. Er galt der HV A als vertrauenswürdig.

Für den Nachrichtendienst waren auch Kuriere bedeutend. In Lübeck war in den 1980er Jahren ein Kurier mit dem Decknamen »Bote« registriert. Dabei handelte es sich um eine 1934 geborene Angestellte, die bei einem Arzt in Travemünde arbeitete.¹⁴⁹ Auf sie war die HV A in Rostock durch einen IM aus dem »Operationsgebiet« aufmerksam geworden; 1967 sei die Anwerbung durch ihn auf »ideologischer Basis« erfolgt.¹⁵⁰

Ihr Ehemann, der als O-Quelle »Wilderer« (Jahrgang 1927)¹⁵¹ bei der Abteilung XV der Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes in Rostock geführt wurde, war seit 1957 für die HV A aktiv und arbeitete als Kraftfahrer bei der Post in Lübeck, ist aber auch an anderer Stelle als Angestellter der Stadtverwaltung Lübeck aufgeführt. »Wilderer« beschaffte operativ über 161 Informationen für die HV A. Es kann angenommen werden, dass die Ehefrau als Kurierin die von ihrem Mann beschafften Informationen, Berichte und operativen Materialien weiterleitete. Die HV A war durch »offizielle Kontakte« auf »Wilderer« aufmerksam geworden. Auf »materieller Basis« sei er in der DDR 1957 durch einen Offizier der HV A angeworben worden. Er sollte sich operativ auf die Stadtverwaltung konzentrieren. Er und auch seine Frau erhielten nachrichtendienstliche Hilfsmittel: Neben einer Deckadresse in der DDR habe es sich dabei um einen einseitigen KW-Funk, Geheimschreibmittel und Chiffre gehandelt.¹⁵²

In den 1980er Jahren waren auch Kontaktpersonen und Quellen aus Leipzig für die HV A registriert – darunter die Kontaktperson »Solar« (Jahrgang 1935)¹⁵³. Auf den Kernphysiker, der bei der Abteilung XV der Bezirksverwaltung Leipzig seit 1969 geführt wurde, sind bei der HV A 28 operativ übermittelte Informationen aus der Gesellschaft für Kernenergie Schleswig-Holstein zurückzuführen. »Solar« war beruf-

147 »Maritim«, Reg.-Nr. XV 4325/86; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 309.

148 Vgl. Ebenda.

149 »Bote«, Reg.-Nr. XV 4287/60; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 309.

150 Vgl. Ebenda.

151 »Wilderer«, Reg.-Nr. XV 4287/60; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 308 f.

152 Vgl. Ebenda.

153 »Solar«, Reg.-Nr. XV 1785/69; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 298.

lich mit der Aufbereitung und Entsorgung befasst. In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist ein Mitarbeiter des Ingenieurkontors Lübeck (IKL), der »rund 2800 Unterlagen aus dem Bereich des U-Boot-Baus« an osteuropäische Geheimdienste weitergegeben haben soll, wie die *Welt am Sonntag* im November 1984 berichtete. Immerhin war IKL seit den 1950er Jahren Marktführer im U-Boot-Bau in Deutschland und lieferte weltweit insbesondere U-Boote des Typs 206 und 209.¹⁵⁴ Ein Ingenieur »Hafen« (Jahrgang 1910)¹⁵⁵ bei IKL wurde 1971 von der HV A angeworben und lieferte zwischen 1973 und 1977 136 Informationen über U-Boot-Technik und U-Boot-Entwicklung.

Für die Abteilung XV der Magdeburger MfS-Bezirksverwaltung arbeitete »Charlotte Gießling« (Jahrgang 1951)¹⁵⁶ als O-Quelle, eine Laborantin bei der Norddeutschen Steingut AG. Sie kooperierte seit 1970 aus politischer Überzeugung mit der HV A. Ihr war als operativer Schwerpunkt der Maschinen- und Werkzeugbau zugewiesen, was teilweise aus den auf sie zurückgehenden Informationen zur Heizgasreinigung, zu einer Filettiermaschine, zur Steuerung einer Fischbearbeitungsmaschine und zu dem dazugehörigen Musterschalter ersichtlich wird. Auf sie war die HV A durch einen ihrer IM in der DDR aufmerksam geworden. Zu Verbindungszwecken sei ihr eine Deckadresse in der DDR zur Verfügung gestellt worden.¹⁵⁷

Die O-Quelle »Linda Brauer« (Jahrgang 1960)¹⁵⁸ galt der HV A als landwirtschaftlich-technische Assistentin und war mit dem Lübecker Beamten »May« (Jahrgang 1954) verheiratet, der selbst als Werber II für die HV A operierte. Sie waren wie auch »Johann Brauer« für die Sektion Wissenschaft und Technik der HV A registriert. Auf »Linda Brauer« war die HV A durch einen Tipp des MfS (Hauptabteilung VI) aufmerksam geworden. Sie sei 1984 auf »ideologischer Basis« durch einen Mitarbeiter der HV A zur Kooperation angeworben worden. Ihr Zielobjekt sollte die in Hannover ansässige »Landwirtschaftliche Forschungsanstalt« sein. Sie galt als zuverlässig.¹⁵⁹ »May« sei durch einen IM aus dem »Operationsgebiet« bekannt geworden und dort auch durch einen IM 1986 auf »ideologischer Basis« angeworben worden. Sein Zielobjekt sollte die Stadtverwaltung sein. Er galt der HV A als vertrauenswürdig. Die Verbindung zur HV A sollte er mit Hilfe einer ihm überlassenen Deckadresse in der DDR sowie über einen Instrukteur halten.¹⁶⁰

154 *Welt am Sonntag* vom 18.11.1984. Als nachrichtendienstliches Zielobjekt war das IKL ohnehin bekannt; vgl. Thomas Scheuer: Stasi hörte in der U-Boot-Affäre mit, in: *die tageszeitung* vom 24.12.1992.

155 »Hafen«, Reg.-Nr. XV/354/71; vgl. Herbstritt, Bundestag, S. 67.

156 »Charlotte Gießling«, Reg.-Nr. III 221/68; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 300.

157 Vgl. Ebenda.

158 »Linda Brauer«, Reg.-Nr. XV 3325/84; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 211.

159 Vgl. Ebenda.

160 »May«, Reg.-Nr. XV 3973/86; BArch, MfS, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 211.

Weiterhin wird die Betriebswirtschaftlerin »Beate« (Jahrgang 1959)¹⁶¹ aufgeführt, die bei der Drägerwerk AG & Co als Sekretärin arbeitete. Das Unternehmen befasste sich mit Sicherheitstechnik. Ein inoffizieller Mitarbeiter hatte auf sie aufmerksam gemacht und eine Verbindung zu ihr sei auf »ideologischer Basis« in der Bundesrepublik entstanden. Der Vorgang wurde von der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Rostock als Perspektiv-IM geführt. Als Zielobjekt sollte sie sich auf das Drägerwerk konzentrieren. Sie galt der HV A als vertrauenswürdig; ihr sei eine Deckadresse in der DDR zur Verfügung gestellt worden.

Schließlich sind für Lübeck noch der Werber II »Brauer« (Jahrgang 1945)¹⁶² und seine Gattin (Jahrgang 1946) anzuführen. »Brauer« führte ein selbstständiges Baugewerbe. Auf ihn war die für Grenzscheisungen zuständige HV A XVII/1 durch einen Tipp des MfS (Hauptabteilung VI) aufmerksam geworden. Er sei 1981 auf »ideologischer Basis« von der HV A angeworben worden und sollte zur unteren Ebene des Bundesgrenzschutzes Kontakt unterhalten. Er galt als vertrauenswürdig.¹⁶³

Pinneberg, Plön und Rendsburg

Mit der Wohnanschrift Pinneberg sind 1988/89 vier Positionen für die HV A verzeichnet: drei Werber¹⁶⁴ und die Kontaktperson »Bäcker« (Jahrgang 1931)¹⁶⁵. Die Werber sind allesamt für die Schweriner Dependence der HV A registriert, die Kontaktperson für Rostock.

Für Plön findet sich bislang lediglich die O-Quelle »Fidi« (1931–2022), die für die HV A VI/B/2 verzeichnet ist und nachrichtendienstlich mit 470 Informationen in den Jahren von 1979 bis 1989 sehr produktiv war. Darunter befanden sich Informationen zum Personenstands- und Meldewesen sowie zu Personaldokumenten und Aktivitäten westlicher Nachrichtendienste.¹⁶⁶ Es handelte sich um den Gebrauchsgographiker und Kieler Stadtangestellten Friedrich Gutau, in dessen Akte auch der schleswig-holsteinische SPD-Politiker und Bundestagsabgeordnete Horst Jungmann

161 »Beate«, Reg.-Nr. XV 4515/87; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 309.

162 »Brauer«, Reg.-Nr. XV 3997/81; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 241.

163 Vgl. Ebenda.

164 »Kilian« (Jahrgang 1953), Reg.-Nr. XV 3334/86; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 312. »Hans« (Jahrgang 1951), Reg.-Nr. XV 4454/87; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 312; »Klaus Helm«, Reg.-Nr. XV 1694/88; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 312.

165 »Bäcker«, Reg.-Nr. 4572/80; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 309.

166 »Fidi«, Reg.-Nr. XV 2890/71; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 121.

(Jahrgang 1940) ab 1982 erfasst wurde. Beide gehörten dem Kreistag in Plön an und es ist anzunehmen, dass aus diesem Kennverhältnis Jungmann dem Vorgang von Gutau zugeordnet wurde. Gutau lieferte vor allem Angaben aus dem Melde- und Personenstandswesen, weniger zu Jungmann.¹⁶⁷

Mit der Wohnadresse Rendsburg waren zuletzt vier inoffizielle Mitarbeiter und die Kontaktperson »Elster« für die HV A verzeichnet. Die A-Quelle »Manfred Fuchs« (Jahrgang 1942) und die Kontaktperson »Elster« (Jahrgang 1944) teilten sich einen Vorgang bei der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg. Auf »Fuchs« gingen 199 Informationen zurück.¹⁶⁸ Weiterhin sind die Werberin »Luise Goethe« (Jahrgang 1963) und der Werber »Ferdinand Goethe« (Jahrgang 1940) zu nennen,¹⁶⁹ der Vertreter für Haushaltswaren der Firma EMSA aus Emsdetten war.¹⁷⁰ Schließlich ist noch die Werberin »Anne« (Jahrgang 1960) anzuführen,¹⁷¹ die im Aktenvorgang des Offiziers im besonderen Einsatz Hauptmann Lothar Dietze mit dem Decknamen »Chirurg« verzeichnet wurde.¹⁷² »Chirurg«¹⁷³

Schluss

Die HV A hat als eine der Diensteinheiten des MfS in Schleswig-Holstein nachrichtendienstlich operiert. Verzeichnet sind für Dezember 1988 51 inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen, darunter zehn Quellen in Zielobjekten. Die hoch gesteckten Ziele – das Eindringen in die Landesregierung und das Innenministerium Schleswig-Holsteins – gelangen ihr nach gegenwärtigem Kenntnisstand lediglich bedingt. Andere operative Ziele wie das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg konnte sie erreichen; in anderen war sie zum Untersuchungszeitpunkt offenkundig nicht präsent. Das inoffizielle Netz in Schleswig-Holstein war in die Jahre gekommen, mit dem Nachwuchs tat sich die HV A schwer. Sie verfügte zwar über einen beachtlichen logistischen Apparat – von den Grenzscheuern bis zu konspirativen Wohnungen –, doch fiel es ihr schwer, die gesteckten Ziele konsequent zu verfolgen, auch wenn es zuletzt vielversprechende Kontaktpersonen gab. Die örtliche Dislozierung wie auch die unter Vertrag genommenen operativen Quellen wirken mitunter beliebig. Es gab zu-

167 Vgl. Herbstritt, Bundestag, S. 190 f.

168 »Manfred Fuchs« und »Elster«, Reg.-Nr. XV 6227/82; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 301.

169 »Luise Goethe«, Reg.-Nr. XV 1897/87; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 121.

170 »Ferdinand Goethe«, Reg.-Nr. XV 3875/86; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 121.

171 »Anne«, Reg.-Nr. XV 2327/74; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 121.

172 »Chirurg«, Reg.-Nr. XV 2327/74; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 121.

173 Vgl. BArch, MfS, KuSch, Nr. 891, Bl. 34.

letzt mit dem Journalisten »Bernhard« einen wichtigen politischen Zugang zur Landesregierung und mit dem Politiker »Hecht« einen möglicherweise unbewussten Abschöpfkontakt. Mithin gab es keinesfalls eine nachrichtendienstliche Unterwandung Schleswig-Holsteins.